



### Lebensmittel

S. 3

Ein unappetitliches aber unvermeidliches Thema: das Auftauchen von überlagertem und verdorbenem Fleisch in Kühlhäusern der Republik. Auch in NRW wurden die Kontrolleure fündig: Anlass zu einer Aktuellen Stunde.

### Haushalt

S. 4 bis 7

Mit ihrem Haushaltsentwurf für das Jahr 2007 hat sich die Landesregierung der Debatte gestellt. Die Opposition kritisierte Kürzungen im Sozialbereich, die Koalition verwies auf die Kassenlage: Mehr ist nicht drin.

### Münsterland

S. 21 bis 24

Grün die Parklandschaft, gelb Schlösser und Klöster, abwechslungsreich die Pättkestouren. Das Münsterland präsentierte sich am 5. Regionalabend des Landtags als naturnahe Region mit Zukunft.

### Internet

S. 25

Die Parlamentszeitschrift „Landtag intern“ ist jetzt auch vollständig im Internet zu lesen und zu abonnieren. Außerdem haben Interessenten die Möglichkeit, frühere Artikel zu recherchieren und aufzurufen.

Zwei Kofferbomben in Zügen, die durch unser Land gefahren sind, haben die Öffentlichkeit alarmiert. Die Sicherheitsbehörden sind gewarnt. Nur der Zufall und der Dilettantismus der verhinderten Attentäter waren es, die ein Blutbad verhindert haben. Seitdem wird allerorten genauer hingeschaut. Die Behörden waren auch jenen Männern auf der Spur, die in Gelsenkirchen verdächtig auf einer Brücke standen und ein Tankschiff in Augenschein nahmen: Vorbereitung eines Anschlags? Die weiteren Ermittlungen werden es zeigen. NRW unter Bedrohung, aber nicht im Ausnahmezustand – wie immer gilt es, besonnen zu handeln und politische Lösungen zu suchen. Darin lässt sich der Landtag nicht beirren (Seiten 13 bis 17).

## Wachsam und entschlossen – NRW beugt sich nicht dem Terror

### Gefahr aus dem Netz

Montage: Schälte

Wer kennt das nicht: Im Kinderzimmer surft der hoffnungsvolle Nachwuchs, während die Eltern nebenan keine Ahnung haben, welche Inhalte sich Sohn und Tochter auf den Bildschirm holen. Auf den Handys von Schülerinnen und Schülern tauchen „coole“ Gewaltvideos auf, werden angeschaut und weiter gereicht. Erziehungsberechtigte sind oft nicht in der Lage, Kriterien für eine altersgerechte Computernutzung zu vermitteln oder eine Kontrolle auszuüben. Dieses Problem haben die Parlamente gesehen und den Jugendmedienschutzstaatsvertrag abgeschlossen. Es ging den Politikern nicht darum, den Zugang zu einem Medium zu verbauen, sondern junge Leute vor Gefährdungen zu bewahren, die ihrer Entwicklung Schaden zufügen können. Bericht über eine Anhörung auf Seite 19.

„...Es muss davon ausgegangen werden, dass Deutschland – und auch NRW – als Ruhe-, Rückzugs- und Vorbereitungsraum und zur Logistikbeschaffung von Mitgliedern und Unterstützern des terroristischen Netzwerkes genutzt wurde und weiterhin wird. Es ist auch nicht auszuschließen, dass in Deutschland Ziele für Anschläge ins Visier genommen werden...“

Verfassungsschutzbericht 2005  
zum Thema Islamismus

# Inhalt

<b>Inhalt/Kommentar</b>	<b>2</b>
<b>Geiz ist geil – auch beim Fleisch?</b>	<b>3</b>
<i>Plenum debattiert über Lebensmittelkontrolle im Land</i>	
<b>Steiniger Weg zur Konsolidierung</b>	<b>4-7</b>
<i>Plenum erörtert Landesetat und Gemeindefinanzierungsgesetz</i>	
<b>Standort und Wettbewerb</b>	<b>8</b>
<i>Der Landtag diskutiert über die Unternehmenssteuerreform 2008</i>	
<b>Umstrittene Reform</b>	<b>9</b>
<i>Gemeindeordnung: Opposition sieht kommunale Demokratie gefährdet</i>	
<b>„Das ist Brunnenvergiftung“</b>	<b>10</b>
<i>PFT im Trinkwasser: Opposition wirft Umweltminister Nachlässigkeit vor</i>	
<b>Beitrag zum Dialog der Kulturen</b>	<b>11</b>
<i>Landtag diskutiert Antrag zur künstlerisch-kulturellen Bildung</i>	
<b>Anlage mit Chancen und Risiken</b>	<b>12</b>
<i>Landtag diskutiert über neue Form von Immobiliengesellschaften</i>	
<b>„Ohne Wenn und Aber“</b>	<b>13</b>
<i>Abgeordnete wollen mehr Migranten für den Polizeidienst qualifizieren</i>	
<b>Verfassungsschutz erhält mehr Befugnisse</b>	<b>14</b>
<i>Opposition befürchtet zu weitreichende Eingriffe in die Bürgerrechte</i>	
<b>NRW schiebt „islamistische Gefährder“ ab</b>	<b>15</b>
<i>Innenminister warnt vor Generalverdacht gegen Muslime in Deutschland</i>	
<b>„Es ist nichts mehr, wie es war“</b>	<b>16</b>
<i>Der 11. September hat auch in NRW eine neue Lage geschaffen</i>	
<b>Modell startet in Köln und Duisburg</b>	<b>17</b>
<i>Islamischer Religionsunterricht an nordrhein-westfälischen Schulen</i>	
<b>Mangelnde Bereitschaft</b>	<b>18</b>
<i>Abgeordnete reden über Wert des dualen Ausbildungssystems</i>	
<b>Ziel: Sicher wie ein Spielplatz</b>	<b>19</b>
<i>Wie sind Kinder vor den Gefahren des Internets zu bewahren?</i>	
<b>Hilfe im Förderdickicht</b>	<b>20</b>
<i>Experten zum 7. Rahmenprogramm der Europäischen Union</i>	
<b>Bodenständig und innovativ</b>	<b>21</b>
<i>Das Münsterland hat sich im Landesparlament vorgestellt</i>	
<b>Strukturwandel von der Basis</b>	<b>22-23</b>
<i>Interviews mit Abgeordneten aus dem Münsterland</i>	
<b>Aktuelles aus den Ausschüssen</b>	<b>24</b>
<b>Zurück in die Zukunft</b>	<b>25</b>
<i>Die Parlamentszeitschrift hat jetzt ein eigenes Artikel-Archiv im Netz</i>	
<b>Aus den Fraktionen</b>	<b>26</b>
<b>Porträt der Woche: Günter Garbrecht (SPD)</b>	<b>27</b>
FCL: Schwächeln in Nordkirchen	27
Impressum	27
<b>Geburtstage und Personalien</b>	<b>28</b>



## NRW im Visier des Terrors?

Die versuchten Anschläge auf Regionalzüge zeigen: Nordrhein-Westfalen ist in den Blick islamistischer Täter geraten. Fünf Jahre nach den Anschlägen auf das World Trade Center in New York hat die Bedrohung durch den Terror unser Land erreicht.

So weit die Ermittler wissen, sind die Terroristen hierzulande nicht Al Qaida-Mitglieder, die Bin Laden hergeschickt hat, um ihre Untaten zu begehen. Es sind hier lebende junge Leute, zum Teil mit deutschem Pass.

Das gibt zu denken. War doch in der Vergangenheit oft genug die Bereitschaft, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen, ein augenfälliger Beweis dafür, dass sich Migranten in unsere Gesellschaft integrieren wollen. Wer die Hürden der Einbürgerung genommen hat, der wird auch nicht bomben, so die unausgesprochene Erwartung. Das war vielleicht ein wenig voreilig und durch die Erfahrungen aus den Anschlägen in London und Madrid nicht gedeckt.

### DOPPELSTRATEGIE

Die Aufgabe der Beobachtung mit nachrichtendienstlichen Mitteln wird nicht leichter, wenn der Gegner keinem Netzwerk zuzuordnen ist, sondern auf sich allein gestellt agiert. Wenn kein Schatten eines Anfangsverdachts auf ihn fällt.

Also was tun? Die Videoüberwachung an Bahnhöfen ausweiten, die Öffentlichkeit zur Wachsamkeit mahnen, den Überwachungsdruck durch die gerade beschlossene Anti-Terror-Datei erhöhen? Die Gesetze verschärfen, ihren Vollzug optimieren? Wie passt das alles zu einer demokratischen, freien und im globalen Wettbewerb stehenden Gesellschaft?

Der Landtag hat sich in jüngster Zeit mehrfach damit auseinandergesetzt – auf seine Weise. An einem Tag der Plenarsitzung wurde über die Änderung des Verfassungsschutzgesetzes beraten und die Regierung gab Auskunft über die Sicherheitslage im Land. Am anderen warben die Abgeordneten darum, mehr Menschen mit Migrationshintergrund in die Polizei und in den öffentlichen Dienst aufzunehmen. In der Ausschussberatung ging es darum, wie islamischer Religionsunterricht zu organisieren ist. So schwer es ist – Generalverdacht gegen eine Gruppe unserer Gesellschaft hilft nicht weiter. Den Extremisten auf die Finger schauen und in den Integrationsangeboten nicht nachlassen, also das eine tun, ohne das andere zu lassen – das ist die „Doppelstrategie“, zu der es keine Alternative gibt.

JK

# Geiz ist geil – auch beim Fleisch?

## Plenum debattiert über Lebensmittelkontrolle im Land

Zum Thema „Verbraucher wirksam schützen – Lebensmittelkontrollen optimieren“ hat auf Antrag der Fraktionen von CDU und FDP eine Aktuelle Stunde stattgefunden. Die Grünen haben damit einen Eilantrag (Drs. 14/2513) verknüpft, der „wirksamen Schutz vor Lebensmittelkandalen durch ein starkes Verbraucherinformationsgesetz“ forderte. Darin verlangten sie, NRW solle im Bundesrat dem jetzigen Entwurf des Verbraucherinformationsgesetzes nicht zustimmen. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP abgelehnt.

Marie-Luise Fasse (CDU) betonte, im Gegensatz zum zufällig aufgedeckten Fleischskandal in Bayern sei man in NRW dem Fleischskandal in Gelsenkirchen 2005 und dem aktuellen Fund in Heinsberg durch Kontrollen auf die Spur gekommen. Das zeige, dass Lebensmittelüberwachung in NRW funktioniere. „Ab dem 1. Januar 2007 wird die Landesanstalt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz landesweit Verbraucherschutzaufgaben wahrnehmen, die auch die Lebensmittelsicherheit umfassen“, sagte Fasse. „Die Forderung der Grünen nach einem eigenen Amt kann also nur dem Ziel dienen, Unruhe in die Bevölkerung zu tragen und von den Maßnahmen der Landesregierung abzulenken.“ Wichtig sei es, den Strafrahmen (maximal 20.000 Euro) höher zu setzen, damit die Furcht vor Strafe größer ist als die Gier nach schnellem Verdienst. Es sei jedoch falsch, den Verbraucher mit höheren Preisen zu belasten. „Auf diese Weise würden die Falschen bestraft“, betonte Fasse.

Svenja Schulze (SPD) kritisierte die Absicht: „Was Sie planen, ist kurz vor dem gammelig werden und wird auch durch Umetikettieren nicht besser“, warf sie der Landesregierung vor. „Mir wäre es lieber, wir hätten ein weitergehendes Verbraucherinformationsgesetz. Außerdem haben wir deutlich zu wenig Personal bei der

Kontrolle. Darüber klagen schon die Mitarbeiter der Behörden gegenüber der Presse.“ Im Übrigen machte sie die industrialisierte Produktion und die Unübersichtlichkeit des Fleischhandels für die Skandale verantwortlich: Dies sei „Agro-Business“. Ihre Forderungen: mehr Transparenz, mehr staatlicher Überwachungsdruck. Der Verbraucherminister sei nicht aktiv genug.

Holger Ellerbrock (FDP) meinte, in den zehn Jahren grüner Verbraucherschutzpolitik sei trotz mehrerer Lebensmittelkandale nichts unternommen worden. Er erinnerte an gepanschtes künstliches Apfelsaftkonzentrat (1996), Würmer in Fischprodukten (1997), dioxinverseuchte Lebensmittel aus Belgien (1999), Antibiotika in Shrimps (2001), mit Nitrofen verseuchtes Bio-Getreide, Pestizide in nordafrikanischen Erdbeeren, Acrylamid in Röstprodukten und Pommes Frites (2002) sowie Dioxin in Freilandeiern (2004). Geschehen sei nichts. Minister Uhlenberg habe in einem Jahr mehr für den Verbraucherschutz erreicht als Rot-Grün in zehn Jahren. Der Ruf nach mehr Staat sei populär, aber unnützlich: „Wir können nicht neben jedes Schwein einen Lebensmittelkontrolleur stellen.“ Aber wenn mit dem Slogan „Geiz ist geil“ geworben werde, dürfe man sich nicht wundern, dass der Preis und nicht die Qualität Kaufkriterium sei.

Johannes Remmel (GRÜNE) sagte: „Wir sprechen über ein System, nicht über schwarze Schafe. Fleisch ist zu einem Ramschprodukt geworden.“ Reflexartig würden Punkte-Papiere herausgebracht, ändern würde sich dadurch nichts. „Wer hindert sie daran, Namen zu nennen?“ fragte er den Verbraucherschutzminister und forderte ihn auf, „Zivilcourage im Amt“ zu zeigen. Der Abgeordnete: „Wir brauchen Transparenz. Wir müssen wissen, wer das Fleisch wo weiterverarbeitet. Und wir brauchen Stärke.“ Bei diesem Thema gehe Staat vor Privat, die Landesregierung aber wolle die Kontrollen privatisieren. Remmel zu Uhlenberg: „Sie schützen die Fleischlobby.“ Das in Berlin geplante Verbraucherinformationsgesetz verdiene diesen Namen nicht.

Verbraucherschutzminister Eckhard Uhlenberg (CDU) befand: „Die Opposition möchte die Probleme, die es in Bayern gibt, nach NRW transplantieren.“ Die Maßnahmen in NRW für eine deutlich verbesserte Lebensmittelüberwachung hätten in Berlin bei den Beratungen viel Aufmerksamkeit und Anerkennung gefunden. Im Jahr 2006 seien bisher 4.500 Kontrollen gemacht worden. Wichtig sei, dass Lebensmittelkriminalität effektiv verfolgt werde. Uhlenberg: „In NRW haben wir den dazu nötigen Sachverständigen bereits jetzt bei den vier Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Wirtschaftskriminalität in Bielefeld, Bochum, Düsseldorf und Köln. Weiterhin haben wir in NRW bei den 19 Staatsanwaltschaften jeweils mindestens einen Experten für Lebensmitteldelikte. Damit haben wir gute Voraussetzungen für eine ortsnahe Zusammenarbeit der 54 Lebensmittelüberwachungsbehörden mit den Strafverfolgungsbehörden des Landes.“ Das Verbraucherinformationsgesetz müsse jetzt verabschiedet und die jahrelange Diskussion beendet werden, auch wenn es hier und da im nächsten Jahr noch nachgebessert werden müsse. ■

## Mit Handschlag bekräftigt

... hat der neue Landtagsabgeordnete Lothar Hegemann (CDU) die Verpflichtung gegenüber Landtagspräsidentin Regina van Dinter. Hegemann (59) rückt für den ausgeschiedenen CDU-Abgeordneten Hans-Joachim Reck nach und war bereits von 1980 bis zur Landtagswahl im vergangenen Jahr Landtagsabgeordneter.

Foto: Meyer



# Steiniger Weg zur Konsolidierung

## Plenum erörtert Landesetat und Gemeindefinanzierungsgesetz

*„Geld für Begehrlichkeiten“ habe er auch angesichts steigender Steuereinnahmen nicht zu verteilen. Mit diesen Worten erteilte Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) allem „Wunschdenken“ eine Absage. In der intensiv und engagiert geführten Debatte zur ersten Lesung des Haushaltsgesetzentwurfs 2007 der Landesregierung (Drs. 14/2300) und des Entwurfs zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG, Drs. 14/2302) kritisierten die Oppositionsfraktionen, dass der Haushalt erneut verfassungswidrig sei und dass die politischen Schwerpunkte einseitig und falsch gesetzt würden. Die Gesetzentwürfe wurden einstimmig in die Ausschussberatung überwiesen.*

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) betonte, die Koalition der Erneuerung sei wie versprochen dabei, die Landesfinanzen in Ordnung zu bringen. So sinke etwa die Neuverschuldung von 5,59 (2006) auf 4,35 Milliarden Euro im kommenden Jahr. Dieser Kurs sei notwendig, alternativlos und gerecht, um das Unzumutbare zu verhindern, betonte der Minister: Weil man jetzt in Richtung Zukunft umsteuere, „ist es uns möglich, die Lasten der Konsolidierung gerecht zu verteilen“. Wenn es Kürzungen

den Euro. Dafür, dass das Volumen rechnerisch um 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr steige, gebe es nachvollziehbare Gründe, etwa die weiter wachsenden Personalausgaben.

Was die Städte und Gemeinden angehe, so würden die im kommenden Jahr deutlich höhere Einnahmen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) bekommen. Linssen: „Das Land hält sein Versprechen gegenüber den Kommunen und belässt den Verbundsatz bei 23 Prozent.“ Die kommunale Seite erhalte

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) erkannte positive Zeichen: Zwar seien die finanziellen Rahmenbedingungen für die Kommunen trotz der sich zurzeit erfreulich entwickelnden Konjunktur und Steuereinnahmen nach wie vor schwierig, aber „ich gehe davon aus, dass der massive Einbruch der Steuereinnahmen in den Jahren 2001 bis 2004 überwunden ist“. Der Minister: „Die Strukturprobleme bei der Finanzierung der Kommunen sind damit aber keineswegs behoben. Viele Kommunen in NRW sind trotz der verbesserten Einnahmeentwicklung nicht in der Lage, die laufenden Konsumausgaben zu decken.“ So seien derzeit 197 Gemeinden verpflichtet, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, 117 davon lebten im so genannten Nothaushaltsrecht, weil es ihnen nicht gelinge, ein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

Das vorliegende GFG, fuhr Wolf fort, stelle nach Ansicht der Landesregierung unter den gegebenen Bedingungen eine „fairen und guten Finanzausgleich für das Jahr 2007“ dar. Mit einer Ausnahme entspreche der Entwurf in seiner Struktur dem GFG 2006. Nach der Berechnung ergebe sich für das kommende Jahr eine bereinigte Verbundmasse von 6,4 Milliarden Euro: „Das sind 10,6 Prozent oder rund 620 Millionen Euro mehr als im Jahr 2006.“ Wenn sich das Steueraufkommen weiter so positiv entwickle, dann „können wir im Steuerverbund 2007 mit weiteren Mehreinnahmen von über 200 Millionen Euro rechnen. Das bedeutet, den Kommunen werden im Steuerverbund 2007 über 820 Millionen Euro mehr zur Verfügung stehen“. Angesichts dieses Plus bei der Verbundmasse sei nach seiner Ansicht der vorgesehene kommunale Solidarbeitrag von 161,8 Millionen Euro vertretbar, betonte der Minister.

Die Landesregierung werde mit dem GFG 2007 ihrer Verantwortung gegenüber der kommunalen Familie gerecht. „Sie hat im Bewusstsein der angespannten Finanzlage der Kommunen und unter Berücksichtigung der extremen Haushaltslage des Landes mit diesem Gesetzentwurf einen fairen und gerechten Interessenausgleich vorgenommen.“ Zum Konsolidierungskurs gebe es keine Alternative.

Hannelore Kraft, SPD-Fraktionsvorsitzende, urteilte: „Das Land entlastet sich, die Kommunen



Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU)



Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP)

gebe, dann werde darauf geachtet, „dass die bestehende soziale und gesellschaftliche Balance nicht durch den Haushalt in Schieflage gerät. Auch das ist mit dem Haushalt 2007 sichergestellt“. Und der Etat werde fair sein: Wesentliche Hilfen für Kinder und Jugendliche würden nicht gekürzt, das Schulsystem werde weiter verbessert und es werde mehr für die Ausbildung junger Menschen getan. Zusätzliche Steuereinnahmen würden zur Konsolidierung herangezogen und zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung eingesetzt. Die Höhe der Gesamtschulden (113 Milliarden Euro) lasse gar keine andere Wahl.

Zu den Eckdaten des Zahlenwerks merkte der Minister an, dass die Nettoneuverschuldung zwar deutlich zurückgeführt werde. Das sei ein befriedigendes Ergebnis. Linssen: „Es ist aber kein Ergebnis, mit dem sich ein Finanzminister zufrieden geben kann, weil der Haushalt nach wie vor nicht die Kreditverfassungsgrenze einhält“ – sie liege um 1,05 Milliarden darüber. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 49,5 Milliar-

den Euro. mit dem GFG 2007 voraussichtlich 820 Millionen Euro mehr als im Jahr 2006. Die finanzielle Lage der Kommunen verbessere sich in diesem und im nächsten Jahr; Städte und Gemeinden könnten mit mehr Geld vom Land rechnen. „Aufgrund einer positiven Entwicklung ist es auch zumutbar, den Kommunen einen Konsolidierungsbeitrag im Krankenhauswesen abzuverlangen. Durch das Haushaltsbegleitgesetz wird der kommunale Beitrag zur Krankenhausfinanzierung von 20 auf 40 Prozent erhöht.“ Das sei kein nordrhein-westfälischer Sonderweg, betonte der Minister.

Linssen zeigte sich optimistisch: Die Einsparentscheidungen würden über das kommende Jahr fortwirken; Veränderungen bräuchten nun einmal Zeit. Aber er sei sicher, dass mit diesem Kurs das Ziel erreicht werden könne: „Endlich wieder solide Finanzen in Nordrhein-Westfalen.“ Der Minister abschließend: „Wir konsolidieren, wir modernisieren und wir investieren. Damit kommt Nordrhein-Westfalen wieder nach vorne.“

sollen zahlen.“ Zum dritten Mal lege die Landesregierung einen verfassungswidrigen Haushalt vor. Sie verschleierte die wahren Steuereinnah-

Haushalt sei kein Zeichen der Erneuerung, er sei „mutlos, profillos und verantwortungslos auf Kosten der Kommunen“.

an die einzelnen Minister der Koalitionsregierung und den Ministerpräsidenten: „Wir gratulieren Ihnen dazu, dass Nordrhein-Westfalen mit Ihnen wieder ein Gesicht hat. Wir wünschen Ihnen eine glückliche Hand. Auf viele gute Jahre!“



Hannelore Kraft (SPD)



Helmut Stahl (CDU)

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, stellte fest: „Zwischen Schein und Sein der Landesregierung liegen Welten.“ An Rüttgers gewandt: „Links reden, rechts regieren, das ist Ihr Motto. Das macht der Haushaltsentwurf der Landesregierung für 2007 erneut deutlich.“ Die Leidtragenden und Opfer der schwarz-gelben Regierung seien die Frauen, die Kinder und Jugendlichen, deren Eltern, der Umweltschutz und – diesmal als Hauptsparschwein der Regierung – die Kommunen. Die CDU renne in ideologischer Verblendung den Marktradikalen hinterher und setze mit dem Haushaltsentwurf die falsche Politik um, die übrigens der Ministerpräsident an seiner CDU mit dem Wort von der „Lebenslüge“ kritisiert habe. Erst marktradikal sich gebärden, dann „im Sommertheater das Sozialkaninchen aus dem Hut zaubern“ – das sei Reden mit „gespaltener Zunge“, sagte Löhrmann und vermisste jede Spur einer nachhaltigen Haushaltspolitik. Die Koalition verharre in Konzepten aus dem vorigen Jahrhundert, anstatt sich den Problemen und Chancen des Landes „sachgerecht, vorurteilsfrei und zukunftsorientiert zu stellen. Herr Ministerpräsident, mit diesem Weg verspielen Sie die Zukunft unseres Landes“.

men, senke die Investitionen und setze – auch dies zum dritten Mal – keineswegs klare politische Prioritäten. Die Reden des stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden Rüttgers von sozialer Politik würden hierzulande nicht eingelöst. Kraft zu Ministerpräsident Rüttgers: „Sie blinken links, aber sie fahren rechts.“ Mit marktradikaler Politik erreiche man nicht den Gleichklang von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität: „Die ungebändigte Freiheit der Starken geht zulasten der Schwachen.“ Anstatt die eigenen Reden in Politik umzusetzen, tue der Ministerpräsident das Gegenteil. So klappten in diesem Haushaltsentwurf Anspruch und Wirklichkeit auseinander. Der Finanzminister erhebe den Anspruch, als ehrlicher Kaufmann zu agieren, aber: „Kein ehrlicher Kaufmann frisiert seine Bilanz.“ Der Minister verschweige Steuereinnahmen und schaffe sich damit Handlungsspielräume im kommenden Jahr von mindestens 400 Millionen Euro zulasten der Kommunen. Die Hälfte der zusätzlichen Steuereinnahmen werde nicht zum Schuldenabbau genutzt, sondern für mehr Ausgaben. Der Haushalt wachse um 2,2 Prozent. Die Ausgaben stiegen um 1,1 Milliarden Euro. Die SPD-Fraktionsvorsitzende: „Das ist kein Sparhaushalt. Sie sind kein Sparkommissar. Sie sind schon gar nicht der ‚Eiserne Helmut‘, Herr Finanzminister!“ Kraft versprach: „Wir werden unsere Alternativen zu Ihrem Haushalt formulieren, damit deutlich wird: Nordrhein-Westfalen braucht eine andere Politik, und diese andere Politik ist solide finanzierbar.“ Der vorliegende

Helmut Stahl, CDU-Fraktionsvorsitzender, vermisste bei der SPD ein geschlossenes Konzept zur Haushaltskonsolidierung. In der Vergangenheit habe die SPD mit ihrer „unmoralischen“ Schuldenpolitik gegen alle Grundwerte verstoßen und sei darum abgewählt worden. Die Finanzpolitik von Rot-Grün sei verfassungswidrig gewesen und „ich behaupte, sie war auch gewissenlos“. Wenn dann dem Finanzminister vorgeworfen werde, er frisiere seine Bilanzen – und würde er dies so tun wie der frühere Ministerpräsident Steinbrück und der frühere NRW-Finanzminister Dieckmann – „dann müsste er, wie sie auch müssten, wegen Insolvenz- und Konkursverschleppung längst im Knast sitzen, beziehungsweise angeklagt werden“. Der CDU-Fraktionsvorsitzende schloss mit Dankesworten

Dr. Gerhard Papke, Vorsitzender der FDP-Fraktion, zeigte sich überzeugt: „Das, was Bayern geschafft hat, werden wir auch schaffen“ – näm-



Sylvia Löhrmann (GRÜNE)



Dr. Gerhard Papke (FDP)

Fotos: Meyer

lich einen ausgeglichenen Haushalt. Aber wegen des gigantischen Schuldenbergs, den Rot-Grün hinterlassen habe, werde das etwas länger dauern. Auf diesem Weg werde die FDP den Landesfinanzminister „ohne Wenn und Aber“ unterstützen, versprach er und wunderte sich über das Wort, der Finanzminister sei kein ehrbarer Kaufmann. Das sei – „an Dreistigkeit nicht zu übertreffen“ – von jemandem gesagt worden, der über Jahre als Kabinettsmitglied selbst „Teil dieses Systems von Bankrotteuren“ gewesen sei, „die dieses Land an den Rand der Zahlungsunfähigkeit getrieben haben“. Die SPD-Sprecherin habe „Krawall“ gemacht, ohne eigene Ideen vorzutragen, wie der Haushalt zu sanieren sei, befand Papke und sah die SPD des Landes in einem desolaten Zustand. Sie habe ihre Abwahl immer noch nicht verinnerlicht und sei damit schlecht gerüstet für den Wettbewerb und den demokratischen Diskurs im Landtag. Kurz, diese Opposition sei ein „Totalausfall“. Sie solle ihre Rolle endlich wahrnehmen, mahnte er. Das was sie heute geboten habe, habe in der Sache nicht weitergebracht.



Volkmar Klein (CDU)



Rüdiger Sagel (GRÜNE)

beitsmarkt und die wachsenden Auftragseingänge zum Beispiel in der Bauindustrie. Der Ausbildungskonsens müsse fortgeführt, das Werkstattjahr stärker genutzt werden, forderte der Regierungschef. Die Abschaffung des zweiten Berufsschultags für Auszubildende habe offenbar noch nicht den Effekt, den sich die Regierung davon versprochen habe: Das

den Schuldenabbau. Wenn die Investitionen nicht abgesenkt würden, könnte er auch die Verfassung erhalten. Die Abgeordnete wörtlich: „Wir verstehen nicht, warum Sie gerade in der Phase eines beginnenden wirtschaftlichen Aufschwungs in diesem Land nicht investieren, den Kommunen nicht die Spielräume geben zu investieren, sondern das Geld zurückhalten.“ Das sei konzeptlos.



Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU)



Gisela Walsken (SPD)

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) vermisse an der Opposition die bei einer Haushaltsdebatte übliche Generalabrechnung mit der Regierung und die Vorstellung von Alternativen. So lange die SPD nicht die Realitäten im Lande wahrnehme und sich in innerparteilichen Machtkämpfen verliere, sei sie kein seriöser Gesprächspartner in Haushaltsfragen. Rüttgers' Rat: „Klären Sie zuerst einmal Ihre eigene Position!“ Zur wirtschaftlichen Lage meinte er, ein Jahr nach Beginn der Arbeit der Landesregierung befinde man sich wirtschaftlich in einer Aufschwungphase, er hoffe, dass sie sich verstetige. Leider sei aber auch festzustellen, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen nicht sinke. Dennoch freue er sich über ermutigende Zeichen auf dem Ar-

bedrücke ihn sehr und lasse ihn glauben, diese Forderung nach Abschaffung habe vielleicht davon ablenken sollen, dass nicht genügend Ausbildungsbereitschaft in der Wirtschaft da gewesen sei. Rüttgers zog das Resümee: „Nordrhein-Westfalen fällt nicht mehr zurück, sondern ist zumindest auf gleicher Augenhöhe mit den anderen Bundesländern. Das ist, so finde ich, schon eine Sache, die für den Anfang bemerkenswert ist. Und darauf bin ich auch ein bisschen stolz.“

Gisela Walsken (SPD) hielt den vorgelegten – und erneut verfassungswidrigen – Haushalt für „mutlos, profillos und verantwortungslos“. Von den steigenden Steuereinnahmen stecke der Finanzminister nicht wie versprochen alles in

Volkmar Klein (CDU) fand die Art des jetzigen Finanzministers, die Steuereinnahmen vorsichtig einzuschätzen, wesentlich verantwortungsvoller als die „unsolide“ Praxis von Rot-Grün, diese Einnahmen um Milliarden höher anzusetzen. Der Haushaltsexperte seiner Fraktion: „Ich habe den Eindruck, dass es zu dem, was jetzt für 2007 vorgelegt worden ist, überhaupt keine Alternative gibt. Von der Opposition haben wir keine dieser Einschätzung entgegenstehenden Hinweise erhalten.“ Es müsse damit Schluss gemacht werden, mehr Geld auszugeben als einzunehmen.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) nannte unter Hinweis auf Studiengebühren und wegfallende



Angela Freimuth (FDP)

Schulbuchzuschüsse bei Sozialhilfeempfängern als Fazit der Politik: „Rüttgers macht dumm. CDU und FDP machen arm.“ Es werde an den falschen Stellen gespart. Steuermehreinnahmen würden nicht zur Konsolidierung eingesetzt, die Kommunen um rund 500 Millionen Euro „geprellt“. Statt Stellenabbau gebe es Personalvermehrung. Kurz: „Sie machen genau das Gegenteil von dem, was Sie hier ankündigen.“

Angela Freimuth (FDP) erinnerte an die Verantwortung von Rot-Grün für die Haushaltslage und für die Bildungsmisere im Land. Vor allem die SPD habe das systematisch mit zu verantworten. Aber sie, Freimuth, habe auch die Hoffnung, dass man diese Vergangenheitsbewältigung beenden „und tatsächlich Verantwortung für heute und morgen übernehmen“ könne. Sie forderte dazu auf, sich ins Gedächtnis zurückzurufen, „wie wir wieder etwas erwirtschaften können, damit wir überhaupt etwas verteilen können“. Das bedeute vor allem, mehr in Bildung, Forschung und Innovation zu investieren.

Christian Weisbrich (CDU) rechnete mit der SPD ab: Sie habe sich in der Regierung am Land „verständigt“. Sie habe hemmungslos Klientelpolitik betrieben. Sie habe den Strukturwandel verschlafen und die Wirtschaft verkümmern lassen. Das seien die Gründe dafür, „dass wir heute in dieser grässlichen Schuldenfalle stecken“. Schwarz-Gelb habe die „knallharte“ Konsolidierung eingeleitet. Darüber sei man froh und dem Finanzminister dankbar.

#### GEMEINDEFINANZIERUNG

Ralf Jäger (SPD) stellte richtig, die originäre Verbundmasse sinke um 0,8 und sie steige nicht um diesen Prozentsatz, wie der Finanzminister ausgeführt habe: „Herr Linssen, kann



Ralf Jäger (SPD)



Rainer Lux (CDU)

es sein, dass Sie ein Problem haben mit Plus und Minus?“ Darüber sei bei der SPD schon einmal ein Kanzlerkandidat gestolpert, hoffentlich nicht der Finanzminister aus NRW. Dann zu sagen, die Kommunen bekämen mehr Geld, das sei schon ein „äußerst flexibler Umgang mit Zahlen und der Wahrheit“. Was hier geschehe, sei gegenüber den Kommunen verantwortungslos.

Rainer Lux (CDU) forderte angesichts der Situation der Finanzlage von Bund, Ländern und Gemeinden „eine Menge Anstrengungen, um diese Struktur der öffentlichen Haushalte wieder in Ordnung zu bringen“. Das bedeute Leistungskürzungen und einen kommunalen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Der Abgeordnete beharrte darauf: „Der Betrag, der bei den Kommunen ankommt, ist in diesem Jahr höher.“ Das vorliegende GFG sei im Vergleich zu seinen Vorgängern besser, denn es sei verlässlicher.

Horst Becker (GRÜNE) ärgerte sich über die „Taschenspielertricks“ der Regierung. Denn die 680 Millionen Euro an Krediten, die das Land zum Ausgleich für sinkende Steuereinnahmen den Kommunen gegeben habe, seien von Schwarz-Gelb gegen den Widerstand der Städte und Gemeinden letztes Jahr auf einen Schlag zurückgefordert worden. Dieses Geld könne man jetzt nicht als Leistung dieses Landes deklarieren – das werde der Landesregierung kaum ein Landrat oder Bürgermeister der CDU durchgehen lassen.

Horst Engel (FDP) wertete diese Rückforderung als ersten Schritt auf dem Weg zu einem verfassungskonformen Haushalt. Die Opposition habe den „Untergang des Abendlandes“ prognostiziert, aber nichts sei passiert, Land und Kommunen hätten diese Aufgabe gemeis-



Horst Becker (GRÜNE)

tert. Der Abgeordnete: „Eine Kreditfinanzierung durch einen Kreditgeber, der selber pleite ist, wird es in Zukunft nicht mehr geben.“ Nach dieser geglückten Operation sei der Blick wieder nach vorne zu richten.

Minister Dr. Ingo Wolf (FDP) wies den Vorwurf von Taschenspielertricks zurück: Wenn der Finanz- und der Innenminister zu unterschiedlichen Prozentzahlen kämen, dann liege das an



Horst Engel (FDP)

Fotos: Meyer

der Schwierigkeit des GFG, „dass es verschiedene Faktoren und Berechnungsgrundlagen gibt. Je nachdem, worauf man sich bezieht, kommt man zu unterschiedlichen Sätzen“. Die Koalition habe – im Unterschied zur Vorgängerregierung – Transparenz ins GFG gebracht und „nicht weiter zulasten der Kommunen gefälscht“. Am Gesetz lasse sich klar ablesen, was die Kommunen zu erwarten haben. Wolf weiter: „Wir werden die Kommunen zeitnah an der allgemeinen Steuerentwicklung partizipieren lassen.“ Zur Konsolidierung gebe es keine Alternative; nur so sei der wirtschaftliche Aufschwung von Land und Gemeinden zu fördern. ■



## Nur ein Tropfen

... auf den heißen Stein? Sehr viel mehr kann mit dem Betrag erreicht werden, den UNICEF-Patin Tanja Wenzel hier im Scheckformat überreicht bekommen hat. Mit der Spende könnten 40.000 afrikanische Kinder mit Schulmaterial ausgestattet werden, sagte die Schauspielerin („Verbote- ne Liebe“). „Oder es könnte damit eine Schule gebaut werden – mit 10.000 Euro ist das in Afrika möglich“, betonte Landtagspräsidentin Regina van Dinker in der Wandelhalle des Landtags vor der Presse und vielen Gästen. Sie waren gekommen, um zu erleben, was mit dem Erlös der Versteigerungen, dem Verkauf von Parlamentsartikeln und den Spenden von Besuchern der Tage der offenen Tür im Landtag Ende August Gutes getan werden kann. Die Präsidentin verband die Scheckübergabe mit einem Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtags, die durch ihr Engagement vor und während der beiden Tage die „strahlenden Gesichter bei den Besucherinnen und Besuchern“ erst möglich gemacht haben.

Foto: Schälte

## Standort und Wettbewerb

### Der Landtag diskutiert über die Unternehmenssteuerreform 2008

*Mit der von der Bundesregierung geplanten Unternehmensteuerreform 2008 beschäftigte sich der Landtag auf Antrag der SPD-Fraktion (Drs. 14/2412): Darin lobt die SPD die Reformpläne und fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass Steuervergünstigungen an Investitionen in Deutschland gebunden werden. Die Koalitionsfraktionen wiesen den Vorschlag als „bürokratischen Auswuchs“ zurück. Schließlich wurde der Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.*

Gisela Walsken (SPD) unterstrich die Bedeutung einer Unternehmenssteuerreform, „die Investitionen und Wachstum fördert, aber gleichzeitig sicherstellt, dass Erträge, die in Deutschland erwirtschaftet werden, auch hier versteuert werden.“ Als weitere Ziele nannte sie neben der Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen und der Stärkung des Standorts Deutschland stabile Steuereinnahmen, um insbesondere den Kommunen finanziellen Spielraum zu gewährleisten. Der Landesregierung warf Walsken vor, „den Kommunen massiv in die Taschen zu greifen“ und ihnen schrittweise „die Gewerbesteuer als wichtige Finanzierungsbasis zu nehmen.“ Sie ermahnte die Regierung, von weiteren Belastungen für die Bürger abzu- sehen und sich klar zur Gewerbesteuer zu be- kennen.

Christian Weisbrich (CDU) meinte, die Forde- rungen der SPD nach einer Verbesserung des Standorts und der Wettbewerbsbedingungen sähen zwar auf dem Papier gut aus, doch ver- bürgen sich dahinter „die alten linken Steuerre- flexe“. Standortattraktivität ließe sich nur durch Steuersenkungen erreichen, das Konzept der Antragssteller hingegen würde Unternehmen

eher abschrecken: „Das ist eine Reform, mit der Sie in der Wirtschaft keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken.“ Weisbrich verlangte eine Vereinfachung des Steuerrechts und die Ent- lastung von Unternehmen. Gleichzeitig sprach er sich gegen eine Zementierung der Gewerbe- steuer aus: „Die Gewerbesteuer ist ein deutscher Sonderfall, ein Anachronismus. Sie belastet die deutschen Unternehmen maßlos.“

Rüdiger Sagel (GRÜNE) umriss die Zielset- zung seiner Fraktion: „Wir wollen den Mittel- stand stärken, wir wollen Arbeitsplätze schaffen, und all das in einem gerechten Steuersystem.“ Er sprach sich angesichts der derzeitigen Haus- haltslage gegen Steuersenkungen aus, für ihn müsse eine Reform „mindestens aufkommens- neutral sein.“ Sagel befürwortete das Schließen von Steuerschlupflöchern und das Besteuern ertragsunabhängiger Elemente bei der Gewer- besteuer. Am Unternehmenssteuerentwurf der Bundesregierung bemängelte er vor allem das Finanzierungskonzept: „Es darf keine Unter- nehmensteuerreform auf dem Rücken der Bevölkerung und des Mittelstandes geben.“ Der SPD warf Sagel vor, das Thema der sozialen Ge- rechtigkeit zu wenig zu berücksichtigen.

Dietmar Brockes (FDP) betonte, dass deut- sche Unternehmen „aufgrund der steuerli- chen Rahmenbedingungen einen erheblichen Wettbewerbsnachteil haben“. Er kritisierte das Festhalten an der Gewerbesteuer und verur- teilte das Besteuern gewinnunabhängiger Ele- mente. „Man muss kein Prophet sein, bei einer solchen Unternehmenssteuerreform würden sich Unternehmen neue Standorte im Ausland suchen.“ Brockes verlangte die Abschaffung der Gewerbesteuer und damit eine „ernsthafte Entlastung der Unternehmen“. Eine bloße Re- form des Steuerrechts reiche nicht aus: „Nur mit Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt und niedrigeren Lohnzusatzkosten wird es gelingen, Wachstum, neue Arbeitsplätze und zusätzliche Steuereinnahmen zu generieren.“

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) for- derte eine Entlastung nur für Gewinne, die im Unternehmen bleiben, sowie „eine Stärkung der Attraktivität des Standortes und keine Unternehmenssteuerreform nur für Kapital- gesellschaften“. Er bescheinigte der Unter- nehmensteuerreform der Bundesregierung mangelhafte Finanzierungsansätze und lobte gleichzeitig das NRW-Konzept: „Unser Mo- dell ist bei der Missbrauchsbekämpfung viel zielgenauer und schädigt nicht die kleinen und mittelständischen Unternehmen.“ Er machte sich für die Eindämmung von Gewinnverla- gerungen ins Ausland stark, kritisierte jedoch den Vorschlag, Steuererleichterungen an In- vestitionen zu knüpfen: „Das führt zu Über- regulierungen, zusätzlicher Bürokratie und ist europarechtlich bedenklich.“

Angela Freimuth (FDP) regte an, die Gewer- besteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer zugunsten der Kommunen zu ersetzen. Die Besteuerung gewinnunabhän- giger Elemente verurteilte sie scharf: „Das ist eine Perversion jeglichen wirtschaftlichen Denkens.“



# Umstrittene Reform

## Gemeindeordnung: Opposition sieht kommunale Demokratie gefährdet

*Mit den Plänen der schwarz-gelben Regierungskoalition zur Reform der Gemeindeordnung beschäftigte sich der Landtag auf Antrag von SPD und Grünen in einer Aktuellen Stunde. Die Reform sieht unter anderem eine zeitliche Entkopplung der Bürgermeisterwahl von den Wahlen der Gemeinderäte vor. Die Opposition befürchtet, durch diese Änderung könnte die Wahlbeteiligung sinken und die demokratische Legitimation kommunalpolitischer Entscheidungen abnehmen.*

Ralf Jäger (SPD) warf den Regierungsfractionen vor, durch ihre Reformpläne der Gemeindeordnung die hohen Entscheidungskompetenzen der Räte zu gefährden. Der kommunalpolitische Sprecher kritisierte die Bestrebungen von CDU und FDP, künftig auf Stichwahlen in den Kommunen zu verzichten. „Während die Bundesrepublik Soldaten in den Kongo schickt, um Stichwahlen zu sichern, sollen wir hier in NRW jetzt auf diese Abstimmungsmethode verzichten“, formulierte Jäger. Er sprach sich gegen den Vorschlag aus, die Amtszeit der Bürgermeister von fünf auf acht Jahren zu verlängern. „Damit wollen Sie den Amtsinhabern doch nur eine bessere Altersversorgung zukommen lassen“, warf er den Regierungsfractionen vor. Er bevorzuge Ansätze, die Diäten und Aufwandsentschädigungen der Entscheidungsträger in den Kommunen zu erhöhen, damit diese eigenverantwortlich für ihr Alter vorsorgen könnten.

Rainer Lux (CDU) konnte keinen Anlass erkennen, die Reformpläne zum aktuellen Zeitpunkt im Plenum zu diskutieren, schließlich gebe es noch keinen konkreten Gesetzesentwurf der Regierungsfractionen. Der Abgeordnete verwies auf den bevorstehenden Landesparteitag der nordrhein-westfälischen CDU in Münster, auf dem eine engagierte und sachkundige Debatte zum Thema stattfinden werde. „Dort werden wir die unterschiedlichen Standpunkte in unserer Partei verhandeln“, machte der kommunalpolitische Sprecher deutlich. „Es kann nicht die Aufgabe des Hohen Hauses sein, sich in die Parteiangelegenheiten einzumischen.“ Das Parlament werde erst dann über die Reform der Gemeindeordnung debattieren können, wenn es konkrete Gesetzesentwürfe gebe.

Den Oppositionsfractionen warf Lux daher vor, durch ihre Anträge zur Aktuellen Stunde einen Keil zwischen die Koalition treiben zu wollen. „Unterlassen Sie solche parteipolitischen Scharmützel“, forderte er die Abgeordneten der Opposition auf.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, betonte, dass die Diskussion „die Zukunft der kommunalen Demokratie in unserem Land“ direkt betreffe. Ihre Fraktion befürchte, dass sich durch die Entkopplung von Bürgermeister- und Ratswahlen die Macht der kommunalen Entscheidungsinstanzen deutlich zugunsten der Bürgermeister verschiebe. „Damit werden kleine Sonnenkönige geschaffen“, so Löhrmann. Zugleich sinke die Wahlbeteiligung in den Kommunen deutlich. Die Sprecherin der Grünen appellierte an die Abgeordneten der CDU, ihre Pläne auf dem Landesparteitag noch einmal zu überdenken. Schließlich würde auch die Basis der Union die Reformpläne grundlegend ablehnen. Der FDP warf Löhrmann vor, mit ihren Bestrebungen

für eine Reform der Verfassung „Klientelinteressen gegen die Demokratie“ in NRW durchsetzen zu wollen.

Horst Engel (FDP) wies die Oppositionsfractionen darauf hin, dass auch sie sich im Jahr 2002 in einer Kommission zur Reform der Kommunalverfassung für eine Entkopplung der Wahlen ausgesprochen hätten. Den Abgeordneten versicherte er, die Regierungsfractionen würden ein Reformwerk „aus einem Guss“ vorlegen. Engel widersprach den Kritikern aus den Reihen der SPD und den Grünen, die Reform verstärke die Wahlmüdigkeit der Bürgerinnen und Bürger im Land. Vielmehr brächten die Änderungen der Gemeindeordnung „neue Mobilisierungseffekte“ für die politische Partizipation der Menschen mit sich. Die Pläne der Koalition würden die kommunale Selbstverwaltung vor Ort fördern und den Bürgern Freiräume und Freiheiten eröffnen.

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) hob hervor, dass überall in Deutschland die Wahlbeteiligung systemunabhängig sinke: „Zwischen unseren Reformplänen und dem geringen politischen Interesse besteht daher kein signifikanter Zusammenhang.“ Der Minister forderte die Oppositionsfractionen auf, „den Ball flach zu halten“. Die Koalition lasse sich „vom oppositionellen Störfaktor“ nicht bremsen und werde die Reform durchziehen. Der Innenminister kritisierte, die Grünen verwendeten ihr „Sonnenkönig-Syndrom“ als Totschlag-Argument in der Debatte. Er zeigte sich überzeugt, die Entkopplung der Wahlen werde zu einer Stärkung der Gemeinderäte führen, da diese künftig nicht mehr im Schatten der Bürgermeister gewählt würden. ■

Entkopplung oder nicht – sollen die Bürgermeister länger amtieren als die kommunalen Räte? Das Für und Wider kam in der Aktuellen Stunde zur Sprache. Auf dem Bild eine Plakatwand zur Kommunalwahl im rheinischen Ratingen.



# „Das ist Brunnenvergiftung“

## PFT im Trinkwasser: Opposition wirft Umweltminister Nachlässigkeit vor

*Ende Mai sorgte ein Umweltskandal in NRW für Schlagzeilen – und bis heute. Erhöhte PFT-Werte im Oberlauf der Ruhr und im Bereich der Möhne ließen Umweltbehörden aufschrecken. PFT ist das Kürzel für perfluorierte Tenside, eine Industriechemikalie, die unter anderem bei der Produktion von Feuerlöschmitteln Verwendung findet und als krebserregend gilt. Durch weitere Untersuchungen konnten erhöhte PFT-Konzentrationen schließlich auch in Böden, im Fischbestand sowie im Trinkwasser nachgewiesen werden. Aufgrund zweier Anträge der Oppositionsfraktionen SPD (Drs.14/2481) und Grüne (Drs. 14/2488) beschäftigte sich jetzt der Landtag mit der Problematik.*

**André Stinka** (SPD) warf der Landesregierung Versäumnisse vor: Fünf Monate nach Entdeckung der hohen PFT-Belastung in Möhne und Ruhr beschränke sich der Umweltminister darauf, Messungen in Gebieten vornehmen zu lassen, die längst als belastet bekannt seien, sowie darüber nachzudenken, die Trinkwasserreinigungsanlagen in den entsprechenden Gebieten modernisieren zu lassen. Das widerspreche seiner Vorstellung von adäquater, vorsorgender und nachhaltiger Umweltpolitik, so Stinka. Stattdessen forderte er, die Verursacher in die Pflicht zu nehmen sowie für strengere Auflagen und bessere Kontrollen im Vorfeld zu sorgen. „Auf keinen Fall dürfen die Kosten der PFT-Vergehen, die keine lapidaren Ordnungswidrigkeiten sind, auf die Verbraucher abgewälzt werden.“

**Johannes Rimmel** (GRÜNE) witterte einen Skandal in doppelter Hinsicht: „Es ist schon ein Skandal, dass dieser Stoff in die Umwelt gelangen konnte. Aber wie die Landesregierung mit dieser Problemlage umgeht, ist tatsächlich ein richtiger Skandal.“ Die Öffentlichkeit werde nur mangelhaft über die Gefahren und das Ausmaß der PFT-Belastungen informiert; Untersuchungsergebnisse seien erst Wochen nach ihrer Erhebung publik gemacht worden. Rimmel rief zu einer gemeinsamen Initiative auf, um Lücken bei der Bioabfallverordnung sowie bei der EU-Chemi-

kalienrichtlinie zu schließen. Eine solche Prävention wirke jedoch erst auf lange Sicht. Jetzt gehe es darum, schnellstmöglich ein Investitionsprogramm zur Aufrüstung der Wasseraufbereitung an der Ruhr auf den Weg zu bringen.

**Friedhelm Ortgies** (CDU) nahm den Umweltminister in Schutz: Dieser habe dem Landtag einen umfangreichen Bericht über PFT im Trinkwasser sowie ein Handlungspaket zum Schutz der Gewässer vorgelegt. Beides sei auf der Homepage des Umweltministeriums für jedermann nachzulesen. Er forderte, die Verursacher der PFT-Belastung zur Rechenschaft zu ziehen: „Das ist Brunnenvergiftung! Im Mittelalter wurde das mit dem Tode bestraft.“ Verursacher seien jedoch nicht die Bauern, die den illegalen Stoff ohne ihr Wissen über ein Düngemittel auf die Felder aufgebracht haben, „sondern die Firmen oder Quellen, die diese Stoffe vorher eingebracht haben“. Es deute vieles darauf hin, dass hier in krimineller Weise Schadstoffe aus der Industrie „verklappt“ wurden.

**Holger Ellerbrock** (FDP) zeigte Verständnis für die Beunruhigung in der Bevölkerung. Nach Bekanntwerden habe das Umweltministerium jedoch „umgehend und ausgesprochen umfassend reagiert“. Es gebe keinen Grund, dem Minister Versäumnisse vorzuwerfen und von einem „Skandal“ zu sprechen. Die Landesregie-

rung habe sich längst für ein PFT-Verbot eingesetzt. Darüber hinaus habe der Einsatz von Aktivkohlefiltern in den Wasserwerken zu einer „wieder vernünftigen Trinkwasserqualität“ geführt. Bei allen nachvollziehbaren Forderungen nach mehr Prävention dürfe man nicht vergessen, dass illegale oder kriminelle Einleitungen von verbotenen Stoffen nie hundertprozentig auszuschließen seien. „In dem Falle hat dann ein entsprechendes Gesetz zu wirken.“

**Umweltminister Eckhard Uhlenberg** (CDU) wies die Vorwürfe der Opposition als „absurd“ zurück. Seit Bekanntwerden der PFT-Belastungen Ende Mai seien „umfangreiche Maßnahmen zur Ursachenbekämpfung und -ermittlung sowie zum Schutz der Bevölkerung getroffen worden“. Als „wichtigste Maßnahme“ nannte er die zeitnah erfolgte Nachrüstung der Trinkwasseraufbereitung im Wasserwerk Möhnebogen, wodurch die PFT-Konzentration unter einen „lebenslang gesundheitlich duldbaren Leitwert“ abgesenkt werden konnte. Neben intensiven Boden-, Gewässer- sowie Blutuntersuchungen bei der Bevölkerung sei man außerdem dabei herauszufinden, ob der Verzehr von Fischen aus Ruhr und Möhne derzeit gesundheitsschädlich ist. Solange noch keine endgültigen Ergebnisse vorlägen, „haben wir aus Vorsorgegründen empfohlen, den Verzehr von Fisch einzuschränken“.

# Beitrag zum Dialog der Kulturen

## Landtag diskutiert Antrag zur künstlerisch-kulturellen Bildung

„Künstlerisch-kulturelle Bildung stärken – soziale Integration fördern“ lautete der Titel eines Antrags der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 14/2416). In der Debatte wurde die vielfältige Bedeutung kultureller Bildung offenbar: Die Fraktionen waren sich darin einig, dass diese sowohl einen Beitrag zur persönlichen Entwicklung des Einzelnen als auch zur sozialen Integration und dem Dialog der Kulturen leisten muss. Darüber, wie man dieses Ziel am besten erreicht, wurde lebhaft diskutiert.

Professor Dr. Thomas Sternberg (CDU) bezeichnete kulturelle Bildung als Grundlage gesellschaftlichen Zusammenlebens, da sie Selbstvertrauen, Gemeinschaftssinn und Zusammengehörigkeit stärke: „Wer gemeinsam musiziert, wirft keine Scheiben ein.“ Er betonte, dass die Beschäftigung mit Kunst zur Entwicklung der eigenen Identität und damit auch zu mehr Offenheit gegenüber fremden Kulturen beitragen könne. Sternberg war sich sicher: „Nur wer weiß, wer er ist, kann Dialoge führen. Heimatlosigkeit ist die Wurzel des Fundamentalismus.“ Schließlich resümierte er, dass die Integrationspolitik der Landesregierung „kein oberflächliches Multi-Kulti“ wolle und kulturelle Vielfalt mit einem gemeinsamen Wertekanon einhergehen müsse.

Angela Freimuth (FDP) würdigte das „internationale Flair vielfältiger Kulturen“, erinnerte jedoch auch an die Schwierigkeiten für Jugendliche, die im Spannungsfeld verschiedener für sie wichtiger Kulturen aufwachsen. „Es gilt, die Brücken zwischen den zugewanderten und den heimischen Kulturen zu festigen und auszubauen. Wir wollen die verbindenden Potenziale der Künste nutzen, um einen lebendigen Dialog in Gang zu setzen.“ Abschließend stellte sie die enorme Bedeutung der kulturellen Bildung für die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen heraus, beispielsweise in Bezug auf spätere berufliche Schlüsselkompetenzen: „Ein lebendiger Kulturstandort NRW ist zugleich ein integraler Bestandteil des Wirtschaftsstandortes NRW.“

Claudia Nell-Paul (SPD) beanstandete zunächst den „Alleinvertretungsanspruch“ der Landesregierung in der Sache und wies auf die gemeinsame Initiative zur Integrationsoffensive aus dem Jahr 2001 hin. Sie bedauerte den gesunkenen Stellenwert von Kultur in der aktuellen Bildungsdiskussion, dieser sei auf die „Debatte über die Wichtigkeit von verwertbarer Bildung“ zurückzuführen. Ferner mahnte sie an, dass kulturelle Bildung auch immer interkulturell sein müsse, um Offenheit und Akzeptanz zu erzeugen. Die Abgeordnete unterstrich abschlie-

ßend: „Die Gesellschaft kann ihre Orientierungsprobleme nicht bei der Schule abladen. Die Integration und das friedliche miteinander Leben verschiedener Kulturen ist eine gemeinsame Aufgabe.“

Oliver Keymis (GRÜNE) warnte ausdrücklich davor, die Debatte als „Werbeveranstaltung irgendeiner Partei zu organisieren“. Außerdem kritisierte er eine zu egozentrische Sichtweise des Dialoggedankens: „Wer von uns kennt schon arabische Schriftsteller, wer kennt die Kultur, mit der wir immer versuchen, in Dialog zu kommen?“ Er verdeutlichte den Zusammenhang zwischen kultureller Bildung und Integration und stellte klar, dass letztere in einer mehr und mehr vom „Primat der Gewalt“ dominierten Welt vor allem im Dienste der Friedenspolitik stehen müsse. Zudem mahnte Keymis an, den Dialog vor allem danach zu gestalten, „was die Menschen, die zu uns gekommen sind, mitbringen und was wir gemeinsam voneinander lernen können“.

Integrationsminister Armin Laschet (CDU) bekräftigte, dass der Bildungsbegriff seiner Regierung nicht nur „kognitive Leistungen, sondern zusätzlich Bildung zu Sozialkompetenz, zu Werten und gerade auch künstlerische und kulturelle Bildung“ einschließe. Dies sei insbesondere für Kinder, deren Elternhaus ihnen nicht die nötige Bildung vermittele, von Bedeutung: „Die Chance, an kultureller Bildung teilzunehmen, muss jedem gewährt werden.“ Das Ziel, auf diesem Wege soziale Integration zu erreichen, ist laut Laschet ein Leben lang zu verfolgen. Großes Potenzial sieht er bereits in den ersten Lebensjahren: „Bei Kindern ist der Integrationsgedanke viel selbstverständlicher. Sie reden nicht über Integration, sie leben sie.“

Ingrid Hack (SPD) beklagte, der Antrag der Landesregierung stehe im Widerspruch zu ihrer realen Politik, welche den Bildungsbegriff auf so genannte Kernfächer reduziere.

Professor Dr.  
Thomas Sternberg  
(CDU)

Angela Freimuth  
(FDP)

Claudia Nell-Paul (SPD)

Oliver Keymis  
(GRÜNE)

Integrationsminister  
Armin Laschet (CDU)

Fotos: Meyer

Michael Solf (CDU) äußerte die Absicht, Kunst und Kultur als gemeinsamen Nenner zu nutzen, um eine „Wiedervereinigung der zerfaserten Gesellschaft“ zu erreichen. ■

Unser Land hat viel zu verlieren, aber wenig zu gewinnen  
 ? Verkauf der LEG ?  
 Gesamtbetriebsrat Landes...schaft

ZU  
 VERKAUFEN

## Anlage mit Chancen und Risiken

Landtag diskutiert über neue Form von Immobiliengesellschaften

Der gute alte Vermieter stirbt vielleicht bald aus, als Privatperson oder als örtliche Wohnungsgesellschaft. Pensionskassen aus Übersee oder Immobiliengesellschaften drängen auf den Wohnungsmarkt. Mieter fühlen sich verunsichert und wehren sich gegen Veränderungen, wie hier vor dem Landtag.

Foto: Schälte

*REIT steht für „Real Estate Investment Trust“. Dabei handelt es sich um börsennotierte Immobiliengesellschaften, die ihre Gewinne unter bestimmten Voraussetzungen unbesteuert ausschütten können, so dass sie beim Anleger mit dessen individuellem Einkommenssteuersatz besteuert werden. Dieses aus den USA stammende Modell ist mittlerweile auch in Europa auf dem Vormarsch. So plant die Bundesregierung, REITs Anfang 2007 in Deutschland einzuführen. Während Befürworter darin eine Chance für den Finanzstandort Deutschland sehen, befürchten Kritiker negative Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt. So auch die Grünen im Düsseldorfer Landtag, die mit ihrem Antrag „Mieterinnen und Mieter als Spekulationsobjekt – Deutscher REIT unterwirft den Wohnungsmarkt globalen Interessen“ (Drs. 14/2405) das Thema auf die Tagesordnung der Plenarsitzung hoben.*

Horst Becker (GRÜNE) brachte seine Kritik auf den Punkt: „REITs sind kein Beitrag zur Lösung der wohnungspolitischen Zukunftsaufgaben. Im Gegenteil: Sie schaffen zusätzliche Probleme.“ Die Einführung von REITs sei nicht nur aus steuerlicher Sicht mit hohen Risiken verbunden. Insbesondere der Wohnungsmarkt werde einer „vollständigen Renditeorientierung unterworfen“. Das wiederum werde eine Reduzierung des Personaleinsatzes für die Verwaltung der Bestände, ein Zurückfahren der Instandhaltungsaufwendungen und eine Steigerung der Mieterträge durch Mieterhöhungen nach sich ziehen. „Wohnungen werden also unter den Rahmenbedingungen des internationalen Kapitalmarkts ausgequetscht wie eine Zitrone.“ Leidtragende seien letztlich die Mieterinnen und Mieter.

Bernd Krückel (CDU) nannte die Sorgen der Grünen „weit überzogen“. Bei sachlicher Beschäftigung mit dem Thema könnten „nahezu alle Bedenken des Antrags ausgeräumt, zumindest aber relativiert werden“. REITs hätten einen langfristigen Anlagehorizont und seien nicht auf Renditemaximierung, sondern auf Stetigkeit der Erträge ausgerichtet und damit auch für den Wohnungsmarkt geeignet. Auch in der Frage einer verlässlichen Besteuerung beim Anteilseigner gebe es Lösungsansätze: Das Bundesfinanzministerium habe das Dividen-

denmodell mit Streubesitzklausel entwickelt. Es soll gewährleisten, dass auch ausländische Anleger hierzulande Steuern auf REITs-Gewinne zahlen. „Ich bin sicher, dass ein deutscher REIT zur Bereicherung des Finanzplatzes Deutschland beiträgt.“

Monika Ruff-Händelkes (SPD) betonte, die Einführung von REITs bedürfe „nicht nur einer steuerrechtlichen Debatte unter Finanzmarktexperten“, auch wenn CDU und FDP das anders sähen. Vielmehr seien die möglichen Folgen aus wohnungspolitischer, städtebaulicher und wirtschaftlicher Perspektive intensiv zu diskutieren. „Uns ist ganz wichtig, dass dabei Mietervereine, Wohnungsgesellschaften, Kommunen und das mittelständische Handwerk einbezogen werden. Aus dieser Perspektive werden REITs nämlich sehr kritisch betrachtet“, so die Abgeordnete. „Was wir brauchen, sind keine schnellen Beschlüsse, sondern Zeit und eine breite Debatte über die Folgen der REITs-Einführung.“

Christof Rasche (FDP) bezeichnete die Einführung von REITs als große Chance für den heimischen Finanzplatz, Wirtschaftsstandort und Immobilienmarkt. Diese dürfe nicht leichtfertig aufgrund unnötiger Ängste ungenutzt bleiben. Der heute zur Debatte stehende Antrag trage typisch grüne Merkmale: „Die Grünen richten ihre Politik nach Risiken und nicht nach Chan-

cen aus.“ Sie verunsicherten große Teile der Bevölkerung durch einseitige Informationen und produzierten dadurch Angst. „Sinnvolle und notwendige Veränderungen sind so nicht möglich“, so Rasche.

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) warb dafür, das anstehende Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene konstruktiv zu begleiten, statt jetzt bereits in Totalopposition zu verfallen. Sobald der Gesetzentwurf vorliege, sei es Aufgabe von Landesregierung und Landtag zu prüfen, ob „insbesondere die fiskalischen und wohnungspolitischen Aspekte ausreichend Berücksichtigung gefunden haben“. Er stehe der Einführung von REITs im Grundsatz positiv gegenüber. Schließlich sei diese im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD an die Bedingung gekoppelt, „dass die verlässliche Besteuerung beim Anleger sichergestellt wird und positive Wirkungen auf Immobilienmarkt und Standortbedingungen zu erwarten sind“.

Heinz Sahnen (CDU) übte Kritik an dem Antrag der Grünen. Der Antragstitel verrate schon alles: „Es geht den Grünen darum, Panik zu machen und Unsicherheit zu verbreiten.“ Er regte an, erst den Gesetzentwurf des Bundesfinanzministers abzuwarten, „bevor wir zu diesem Thema inhaltlich Stellung beziehen“. Ansonsten rede man über „ungelegte Eier“. ■

Schier allgegenwärtig: Mustafa Müller, Kontaktbeamter „mit Migrationshintergrund“ in Münster und Polizeiobermeister, erklärt Kindern die Fußgängerampel, sucht mit Migranten in ihren Gebetsräumen, Freizeiteinrichtungen und Lokalen den Dialog – kurz, er ist gern gesehener und vertrauenswürdiger Ansprechpartner in vielen Alltagsfragen.

Foto: Polizeipräsident Münster

Peter Preuß (CDU) betonte, Migranten könnten das Leistungsspektrum der Polizei spürbar durch landeskundliches Wissen und den Abbau von Verständigungsproblemen erhöhen. Die hohe Sach- und Fachkompetenz der Polizei schaffe in der Bevölkerung hohes Vertrauen. Man müsse jetzt die Initiative ergreifen, um die seit 2003 rückläufige Tendenz der ausländischen Bewerber für den Polizeidienst zu stoppen und mehr Menschen für den Polizeidienst zu gewinnen. Da jeder vierte Einwohner in NRW einen Migrationshintergrund habe, forderte Preuß eine „volle Integration“ dieser Bevölkerungsgruppe in den Polizeidienst.

Horst Engel (FDP) verdeutlichte: „Polizist zu sein, heißt Verantwortung für Sicherheit zu übernehmen.“ Daher werde von den Polizisten verlangt, dass sie Situationen richtig einschätzen und verstehen. Migranten im Polizeidienst seien von großer Bedeutung, besonders im Umgang mit Landsleuten. „Das wichtigste Werkzeug der Polizei ist das Wort“, wies Engel auf die Überwindung von Sprachbarrieren hin. Der Landtag müsse künftig die Ressourcen der weltoffenen Gesellschaft in NRW stärker fördern, um so Migranten für den Polizeiberuf zu interessieren.

Sören Link (SPD) sah dringenden Handlungsbedarf, da der prozentuale Anteil von Migranten im öffentlichen Dienst nicht mit dem Anteil an der Gesamtbevölkerung in NRW übereinstimmt. Er kenne jedoch das Problem, dass viele Migranten die formalen Zugangsvoraussetzungen für den Polizeidienst nicht erfüllten; Bewerber müssen Abitur oder Fachabitur vorweisen können. Link kritisierte in diesem Zusammenhang das Schulgesetz der schwarz-gelben Koalition, welches nach seiner Meinung die sozialen Ungerechtigkeiten in Bildungsfragen zementiere. „Wir müssen bei der Ausbildung mehr Chancen und Perspektiven für alle Kinder schaffen“, forderte er.

Monika Düker (GRÜNE) begrüßte den Antrag von CDU und FDP, da dieser eine „Annäherung an die Einwanderungsgesellschaft“ bedeute. Sie kritisierte aber auch, dass der Antrag nicht konkret genug und daher nur ein „Schau-Antrag“ sei. Ihre Fraktion habe darum einen ei-

## „Ohne Wenn und Aber“ Abgeordnete wollen mehr Migranten für den Polizeidienst qualifizieren



*Mit mehr Migranten wollen die Landtagsfraktionen die Polizei und den gesamten öffentlichen Dienst in NRW verstärken. Darüber diskutierten die Abgeordneten im Plenum auf Antrag von CDU und FDP (Drs. 14/2417). Eine Steigerung der Bewerberzahl von Migranten für den Polizeidienst sei notwendig, um die nationale Identität von Zuwanderern zu fördern. Die Zahlen der Polizeibeamten mit Migrationshintergrund ließen derzeit zu wünschen übrig: Von insgesamt 480 Einstellungen in den nordrhein-westfälischen Polizeidienst entfielen im vergangenen Jahr lediglich 30 auf Migranten. Die Grünen wollen in ihrem Entschließungsantrag (Drs. 14/2545) das nicht bloß auf den Bereich der Polizei beschränkt wissen. Sie verlangen Maßnahmen, um den Anteil von Migranten am gesamten öffentlichen Dienst von derzeit höchstens 2,5 Prozent anzuheben. Einstimmigkeit im Plenum bei der Überweisung der Anträge an den federführenden Innenausschuss.*

genen Entschließungsantrag in die Debatte eingebracht. Darin forderten die Grünen, die stärkere Integration von Migranten auch auf andere Berufsfelder zu übertragen. So sei etwa der Anteil von Migranten in der kommunalen Verwaltung mit rund zwei Prozent an der Zahl aller Beschäftigten verschwindend gering. Zugleich forderte die Abgeordnete, die Schulpolitik müsse das Problem stärker berücksichtigen. „An den Hauptschulen hat jeder fünfte Schüler einen Migrationshintergrund, an Gymnasien dagegen nur jeder 20. Jugendliche.“

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) verwies darauf, dass in NRW bereits seit 1993 ausländische Bewerber in den Polizeidienst eingestellt werden. Durch eine frühe sprachliche Förderung müsse es gelingen, dass sich mehr Migranten für den Beruf qualifizieren. „Die ethnische Vielfalt unserer Bevölkerung muss sich auch in den Institutionen des Staates wiederfinden“, betonte der Minister. Er befürwortete eine Integration ohne Kompromisse: „Wer Polizist in Nordrhein-Westfalen ist, gehört zur Polizei dieses Landes – ohne Wenn und Aber.“

# Verfassungsschutz erhält mehr Befugnisse

## Opposition befürchtet zu weitreichende Eingriffe in die Bürgerrechte

*Die Landesregierung plant die Befugnisse des Verfassungsschutzes auszuweiten, um der Bedrohung durch so genannte „home-grown terrorists“ – Islamisten mit deutscher Staatsangehörigkeit – besser begegnen zu können. Der dazu vorgelegte Gesetzentwurf (Drs. 14/2211) soll für Rechtssicherheit sorgen, wenn es darum geht, Kontodaten, Telefone und Computer von Terrorverdächtigen zu überwachen. Die Opposition lehnt den Entwurf als verfassungswidrig ab: Die Unverletzlichkeit der Privatsphäre sei damit nicht mehr gewährleistet.*

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) verteidigte den Entwurf, um der gegenwärtigen Bedrohungslage „mit angemessenen rechtlichen Instrumenten“ begegnen zu können. Dabei müsse jedoch die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit gewahrt bleiben. Er forderte, die Überwachungsbefugnisse des Verfassungsschutzes zu erweitern. Die Abfrage von Konto-

Bewegungen oder die Kontrolle von Telefon-, E-Mail- und Internetverbindungen seien „nur dann zulässig, wenn hinreichend Anhaltspunkte für schwere Gefahren vorliegen“. Als für die Sicherheit des Landes verantwortlicher Minister wolle er wissen, „welche Extremisten sich Anleitungen zum Bombenbauen aus dem Internet ziehen und wer in verdeckten Chatrooms über geeignete Anschlagziele diskutiert“. Es sei völlig abwegig, darin einen Verstoß gegen das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung oder „elektronischen Hausfriedensbruch“ zu wittern.

Dr. Karsten Rudolph (SPD) warnte vor zu weitreichenden Eingriffen in die Persönlichkeitsrechte der Bürger. So biete der Hinweis, dass die ausgeweiteten Überwachungsmöglichkeiten „nur in Fällen der schwerwiegenden Gefahr“ Anwendung finden dürfen, eine zu große Interpretationsspanne. Darüber hinaus trage der Gesetzentwurf dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht Rechnung, wonach die akustische Wohnraumüberwachung verfassungswidrig ist. An den Minister gewandt: „Sie leisten dem Land keinen Dienst, wenn Sie eine Novelle verabschieden, die offenkundig verfassungswidrig ist.“ Zudem habe er schwerwiegende Bedenken hinsichtlich des Auslesens von Daten von Privatcomputern: „Sie greifen mit Ihrem Vorschlag zum ersten Mal auf Kommunikationsinhalte zu, die sich auf den Festplatten von privaten PC in Wohnzimmern befinden.“

Peter Biesenbach (CDU) versuchte die Bedenken seines Vorredners zu entkräften: „Sie haben heute ein Beispiel dafür abgeliefert, wie mühsam es für einen Redner ist, Kritik zu finden, wenn es keinen Grund zur Kritik gibt.“ An dem Entwurf gebe es nichts auszusetzen. Die Befugnisse des Verfassungsschutzes wür-

den lediglich auf die neuen technischen Möglichkeiten erweitert. „Wir wollen nicht, dass der Verfassungsschutz mit dem Fahrrad fahren muss, während die anderen mit dem Auto unterwegs sind.“ Zudem wies er den Vorwurf, das Gesetz berge die Gefahr von willkürlichen Entscheidungen, mit Nachdruck zurück: Die vom Landtag eingesetzte G 10-Kommission müsse vorab jeder Maßnahme zustimmen, darüber hinaus muss der Verfassungsschutz das parlamentarische Kontrollgremium über jede Maßnahme unterrichten. Dadurch gewinne das gesamte Verfahren an Transparenz.

Monika Düker (GRÜNE) warf der Landesregierung vor, mit dem Gesetzentwurf „den Boden der Verfassung“ zu verlassen. Der Entwurf lasse die Bestimmtheit des Tatbestandes vermissen, um Überwachungsmaßnahmen zuzulassen. „Das heißt übersetzt: Das, was nach den Ereignissen des 11. Septembers 2001 als zusätzliche besondere Befugnisse unter der Voraussetzung einer Gefahrenlage geschaffen wurde, wird hier durch die Hintertür zum Standardinstrument des Verfassungsschutzes.“ Damit instrumentalisieren die Minister die Terrorisierungsdebatte zulasten der Bürgerrechte. Der grünen Fraktion gehe es nicht darum, den Staat wehrlos zu machen. „Es geht darum, in einem wehrhaften Staat die rechtsstaatlichen Leitplanken zu beachten.“ Diese Sorgfaltspflicht und Sensibilität lasse der Entwurf nicht erkennen.

Dr. Robert Orth (FDP) forderte mehr Sachlichkeit in der Debatte. „Natürlich kann man darüber streiten, ob es sinnvoll ist, Extremisten und Terroristen gleich zu behandeln.“ So, wie der Übergang zwischen inländischen und ausländischen Terroristen fließend sei, so sei auch der Übergang zwischen Terrorismus und Extremismus fließend. „Es gibt keine saubere Definition und Abgrenzung an dieser Stelle.“ Der Gesetzentwurf sehe bis 2009 eine Evaluierung vor. „Dann werden wir sehen, ob sich einzelne Maßnahmen bewähren“, so Orth. Bei dem Gesetzentwurf könne es sich nur um eine Momentaufnahme handeln, die immer wieder nachjustiert werden müsse. „Ich erhoffe mir, dass sich die Bedrohungslage so entwickelt, dass wir wieder der Freiheit an der einen oder anderen Stelle mehr Raum geben können.“ ■



Besonders aktuell – der Bericht des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes. Sein Leiter Dr. Hartwig Möller präsentiert die aktuelle Ausgabe, die sich auf das Jahr 2005 bezieht. Der Bericht stand jüngst auf der Tagesordnung des Hauptausschusses.

Foto: Meyer



# NRW schiebt „islamistische Gefährder“ ab

## Innenminister warnt vor Generalverdacht gegen Muslime in Deutschland

Durch die Anschlagversuche in Dortmund und Koblenz sah sich die Landesregierung veranlasst, den Landtag über die derzeitige Sicherheitslage in NRW zu informieren. Im Anschluss an die Unterrichtung durch den Innenminister diskutierten die Abgeordneten Möglichkeiten, den Anti-Terror-Kampf zu optimieren.

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) versicherte, die Landesregierung tue alles, was notwendig ist, um den Herausforderungen des internationalen Terrorismus zu begegnen. Deutschland sei nicht nur Ruhe- und Rückzugsraum für islamistische Terroristen, sondern Teil eines weltweiten Gefahrenraums. Die jüngsten Anschlagversuche hätten dies konkretisiert. Im Rahmen eines ganzheitlichen Ansatzes zur Bekämpfung ausländischer islamistischer Gefährder gelte es, aufenthaltsrechtliche Handlungsmöglichkeiten möglichst frühzeitig, umfassend und konsequent zu nutzen. Eine dieser Personen konnte bereits ausgewiesen und abgeschoben werden, weitere Fälle seien in der Vorbereitung, so der Innenminister. Die konsequente Bekämpfung islamistischer Terroristen dürfe jedoch nicht dazu führen, dass Muslime in Deutschland unter Generalverdacht gelangen. Ebenso warnte er vor einem schon reflexartigen Ruf nach verschärften Gesetzen und Sicherheitsmaßnahmen. An einem solchen „Überbietungswettbewerb“ werde er sich nicht beteiligen. „Bei uns gilt der Grundsatz: Gesetzesvollzug geht vor Gesetzesverschärfung.“ So komme auch eine flächendeckende Videoüberwachung für ihn nicht in Betracht. „Wir wollen keinen Orwellschen Überwachungsstaat!“ Stattdessen müsse die Vernetzung von Informationen der Sicherheitsbehörden verbessert werden. „Deshalb brauchen wir möglichst schnell eine Antiterrordatei.“

Dr. Karsten Rudolph (SPD) sprach von großem praktischen Handlungsbedarf zur Verbesserung der Terrorismusbekämpfung: Die Einrichtung eines zentralen Terrorabwehrzentrums in Berlin sei ein wichtiger Schritt nach vorn. Zudem sprach er sich in Zusammenhang mit der Antiterrordatei für eine „mit einigen Personendaten kombinierte Indexdatei“, für eine Intensivierung des Dialogs mit den moderaten islamischen Gruppen und für die Einrichtung einer neuen Notrufnummer 113 aus, über die sich Bürger direkt an die Terrorbekämpfung wenden können, wenn sie beispielsweise herrenlose Koffer entdecken. Rudolph betonte: „Die beste Sicherheitspolitik besteht nach wie vor in einer klugen Außenpolitik.“

Theo Kruse (CDU) bezeichnete den islamistischen Terrorismus als vollkommen neue Herausforderung und Art der Bedrohung: „Die Terroristen sind keine religiös verführten Menschen, die man mittels Sozialpolitik von ihrem Weg abbringen kann. Es handelt sich um Feinde. Sie sind gefährliche Individuen, nicht falsch handelnde Bürger.“ Zudem habe sich das einst festgefügte, weltweite Netzwerk zunehmend in kleine, lokale, autonome Terrorzellen umgewandelt, die für die Sicherheitsbehörden schwer auszumachen seien. Er forderte daher zusätzliches Personal und eine bessere Ausbildung und Ausstattung für die Beamten, um „potenziellen Straftätern auf Augenhöhe begegnen zu können“.

Monika Düker (GRÜNE) warf der Landesregierung und den Koalitionsfraktionen vor, mit widersprüchlichen Vorschlägen eher zur Verunsicherung beigetragen, statt der Bevölkerung klare Leitlinien zur Terrorbekämpfung in NRW deutlich gemacht zu haben. Ein Mehr an Sicherheit gehe meist auch zulasten der Freiheit. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit müsse jedoch gewahrt bleiben. Sie forderte, Bürgerrechtseingriffe auf „konkrete Gefahrenlagen“ einzugrenzen, zeitlich zu befristen und ihre Wirksamkeit kontinuierlich zu überprüfen. Zudem müsse bei der Sicherheitsdebatte vermehrt über präventive Maßnahmen nachgedacht werden.

Horst Engel (FDP) betonte: „Wir halten eine ausufernde Überwachung der Bürger unter massiver Beschränkung ihrer Freiheitsrechte für falsch.“ Der Beweis, dass eine verschärfte Überwachung zu mehr Sicherheit führe, sei noch nie erbracht worden. Vor dem Hintergrund lehnte er die Forderungen nach einer flächendeckenden Videoüberwachung sowie dem Einsatz von bewaffneten Zugbegleitern – so genannten „Rail-Marshals“ – ab. Das den NRW-Sicherheitsbehörden zur Verfügung stehenden Instrumentarium reiche aus. Es müsse nur konsequent angewandt und allenfalls „verfeinert“ und „nachjustiert“ werden. ■

## „Es ist nichts mehr, wie es war“

### Der 11. September hat auch in NRW eine neue Lage geschaffen

*Fünf Jahre ist es her, dass Flugzeuge ins World Trade Center rasten und die Terroristen der Al Qaida über 3.000 Menschen in den USA töteten. Die Angst vor Anschlägen ist seitdem gegenwärtiger denn je, erst recht nach den Bombenattentaten von Madrid (2004) und London (2005). Dass der Terror auch vor NRW nicht Halt macht, mussten die Bürger mit den misslungenen Anschlägen auf zwei Regionalzüge erfahren. Es steht fest: Seit dem 11. September 2001 muss sich unser Land auf die neue Bedrohung einstellen.*

Mit den Bildern der einstürzenden Zwillingstürme in New York hielt auch hierzulande das gesellschaftliche und politische Leben inne. So gedachten am Tag darauf die Abgeordneten im Landtag mit einer Schweigeminute der Opfer der Anschläge. „Seit dem gestrigen Tag ist nichts mehr, wie es war“, erklärte der damalige Parlamentspräsident Ulrich Schmidt in seiner Trauerrede. „Seit dem gestrigen Tag sind wir aufgewühlt, sind wir fassungslos, hilflos und auch wütend über das Ausmaß von Gewalt und Hass, zu dem Menschen fähig sein können.“

Das Geschehen machte betroffen, lähmte aber nicht den Willen der Politik, Maßnahmen zur Gefahrenabwehr zu ergreifen. Schon wenige Tage nach dem 11. September stimmte der Landtag zusammen mit dem Innenministerium, den Bezirksregierungen und dem nordrhein-westfälischen Landeskriminalamt (LKA) ein neues Sicherheitskonzept ab. Alle amerikanischen, jüdischen und israelischen Einrichtungen im Land wurden ab sofort verstärkt gesichert. Die Passagiere auf den Flughäfen mussten sich auf verschärfte Kontrollen einstellen. Zudem nahm eine neue Informationsstelle zur Terrorismusbekämpfung beim LKA ihre Arbeit auf.

In der Folge passte der Landtag das nordrhein-westfälische Verfassungsschutzgesetz der neuen Gefahrenlage an. Dabei wurden den Verfassungsschützern mehr Rechte bei der Bekämpfung terroristischer Aktivitäten eingeräumt. Seit Januar 2003 sind Banken, die Post, Telekommunikationsgesellschaften und Fluglinien verpflichtet, dem Verfassungsschutz Daten zu verdächtigen Personen zur Verfügung zu stellen. Datenschützer kritisierten zwar das Gesetz, da auch untadelige Bürger ins Visier der Fahnder geraten könnten. „Das rechtliche Instrumentarium wurde aufgerüstet – die Bewährungsprobe steht aber noch aus“, urteilte seinerzeit das Innenministerium. Spätestens vier Jahre nach Einführung soll das Gesetz auf seine Wirksamkeit hin untersucht werden.

Das Land NRW beteiligt sich außerdem am Gemeinsamen Terrorismusabwehr-Zentrum (GTAZ) in Berlin, in dem die Sicherheitsbehörden seit knapp zwei Jahren Erkenntnisse zur Entwicklung des terroristischen Potenzials zusammentragen. Insgesamt arbeiten rund 180 Experten an der Auswertung der Gefahrenlage, darunter 50 Mitarbeiter der Länder.

Mit der jüngst von der Innenministerkonferenz beschlossenen Anti-Terror-Datei unterneh-

men die Länder einen weiteren Schritt, um den Datenaustausch zwischen ihren Behörden zu beschleunigen. Die Index-Datei zu verdächtigen Personen sei ein „Riesenfortschritt“, verdeutlichte Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) den Abgeordneten im Innenausschuss des Landtags. NRW sprach sich als einziges Bundesland allerdings gegen die Einrichtung eines so genannten Freitextfeldes aus, in das die ermittelnden Behörden zusätzliche Informationen zu Terrorverdächtigen eintragen können. Das NRW-Innenministerium befürchtet unter anderem, dass durch ein solches Freitextfeld die Datei mit unbrauchbaren Informationen überlastet werden kann.

Dass die Behörden in NRW längst zur großflächig koordinierten Gefahrenabwehr fähig sind, haben die Einsätze bei den 16 Spielen der Fußball-WM im Land und auch während des Weltjugendtages gezeigt. Allein zum Papstbesuch in Köln im vergangenen Jahr sorgten neben Spezialeinheiten bis zu 3.700 Beamte für die Sicherheit des Kirchenoberhauptes sowie der meist jugendlichen Pilgerinnen und Pilger.

Dagegen, dass sich terroristisches Gedankengut verbreitet und festsetzen kann, gibt es neben der Beobachtung und Verfolgung von Verbrechen ein weiteres Mittel, an dem alle mitwirken können: Die Integration von Menschen, die zu uns gekommen sind und hier leben möchten. Dafür zu werben, hat sich Integrationsminister Armin Laschet (CDU) zum Ziel gesetzt, egal ob er in den Medien ein Interview gibt oder im Landtag das Wort ergreift. Sein Motto: „NRW setzt auf eine moderne und realistische Integrationspolitik, die neue Integrationschancen für Frauen und Männer eröffnet, die fördert und fordert, die den Zugewanderten mit Respekt begegnet, ihnen aber gleichzeitig Respekt vor der Verfassung und ihren Grundwerten, vor dem Gesetz, der Sprache, der Geschichte und der Kultur des Landes abfordert, das ihren Lebensmittelpunkt bildet.“ SW

## Seit kurzem erst im Amt

... und schon im Landtag – der neue amerikanische Generalkonsul Matthew G. Boyse weiß Tempo zu schätzen und hat wenige Wochen nach seinem Amtsantritt auf Einladung das Wort vor der Deutsch-Amerikanischen Parlamentariergesellschaft ergriffen. Danach trug er sich ins Gästebuch des Landtags ein. Auf dem Bild (v.l.): Parlamentspräsidentin Regina van Dinther, Boyse und Vizepräsidentin Angela Freimuth, Vorsitzende der Deutsch-Amerikanischen Parlamentariergesellschaft

Foto: Meyer





## Modell startet in Köln und Duisburg

### Islamischer Religionsunterricht an nordrhein-westfälischen Schulen

*Der Radikalität den Nährboden zu entziehen, ist das Ziel des islamischen Religionsunterrichts, den die Landesregierung derzeit auf den Weg bringt. In Köln und Duisburg soll der Startschuss für zwei Modellversuche fallen. Bis es zur flächendeckenden Einführung kommt, muss allerdings noch eine Reihe von Problemen bewältigt werden. Das vielleicht größte davon: Die Muslime in Deutschland werden von mehreren Dachorganisationen vertreten, die teilweise untereinander zerstritten sind.*

Der Dialog mit den unterschiedlichen islamischen Interessenverbänden ist am Ende der Fahnenstange angelangt“, bedauerte Schulministerin Barbara Sommer, die gemeinsam mit Integrationsminister Armin Laschet (beide CDU) den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration (Vorsitz Andrea Milz, CDU) über den Stand der Entwicklung informierte: „Deswegen müssen wir jetzt handeln.“

Die Zweifler des Vorhabens seien zahlreich und fänden sich auch in den eigenen Reihen der Koalitionsparteien. Es fehle auch nicht an Warnungen an die Adresse der Landesregierung: „Aber wir gehen das nicht blauäugig an“, ist sich die Schulministerin sicher.

Um eine gemeinsame Gesprächsbasis mit den Islamorganisationen bemüht sich seit der Landtagswahl die interfraktionale Arbeitsgruppe für den Dialog mit dem Islam.

Ausschussmitglied Britta Altenkamp (SPD) sieht die Arbeit des Gremiums durch die Initiative der Landesregierung gefährdet. „Es muss klar gemacht werden, dass der Druck zur Bildung eines zentralen Ansprechpartners nicht verringert werden wird“, forderte sie von der Ministerin.

Diese konnte die Kritik am Islamunterricht zum Teil nachvollziehen. „Ich bin normalerweise kein Fan von Modellversuchen“, bekannte Sommer. „Sie gelingen, wenn man es nur genug will.“ Aber in diesem Fall habe man keine Wahl gehabt, als sich auf diese Weise auf den schwankenden Boden der komplizierten Ansprechpartner-Struktur zu begeben. In den ausgewählten Städten soll es losgehen, da dort die islamische Population besonders groß ist.

„Wir hoffen, dass die Modellversuche eine Signalwirkung entfalten und die Wertschätzung für die Mitbürger mit Migrationshintergrund dokumentieren.“

Wer sich seiner sicher ist, dem fällt es leichter, das Fremde zu verstehen und zu akzeptieren. Islamischer Religionsunterricht soll daher eines nicht allzu fernen Tages an den Schulen des Landes so selbstverständlich sein wie die Unterweisung in den christlichen Konfessionen. Daran arbeitet das Schulministerium und erwartet von der islamischen Seite Mitwirkung und Entgegenkommen Foto: Schälte

Die konkreten Bemühungen stünden aber noch am Anfang. „Wir ermuntern die 70 Kölner Moscheegemeinden, sich zu einer Schura (gemeinsame Ratsversammlung) zusammen zu finden.“ Der nächste Schritt bestehe in der Gründung eines theologischen Beirats aus Islamwissenschaftlern. Aus den beiden Gremien bilde sich dann die Lehrplankommission. „Die Schura wird als Interessenvertretung aller Muslime von unten wachsen“, hofft Integrationsminister Laschet. Die Moscheegemeinden sollten dabei die treibende Kraft bilden.

Nicht in Vergessenheit geraten lassen mochte Monika Düker (GRÜNE) das Projekt rotgrüner Regierungsarbeit auf diesem Gebiet, die religionskundliche Unterweisung: „Die Islamkunde sollte gestärkt werden, solange der Unterricht noch nicht flächendeckend eingeführt ist.“ Dabei dachte die Abgeordnete auch an mehr finanzielle Zuwendungen. „Die Lehrerinnen und Lehrer aus diesem Bereich können sich als wichtige Brückenbauer erweisen.“

„Das Endziel lautet, die Kunde durch den Unterricht zu ersetzen“, so die Antwort. Die Unterweisung sei kein reguläres Fach und werde deshalb auch nicht entsprechend besoldet. „Wir versuchen, die Lehrer des neuen Fachs aus den Islamkundlern zu rekrutieren und so den Personalmangel auszugleichen“, umriss die Ministerin das Vorhaben.

Seit dem Wintersemester 2004/05 wird an der Universität Münster das Fach Islamunterricht angeboten. Ein einziger Lehrstuhl reicht jedoch nicht aus, um eine Fülle an Lehrerinnen und Lehrern auszubilden. Dem neuen Schulfach fehle außerdem noch der theoretische Unterbau. Der Lehrplan sei noch nicht fertig gestellt, räumte die Schulministerin ein. Auch die Frage, welche Schulen in Köln und Bonn den Anfang machen werden, sei noch nicht geklärt. „Das macht aber nichts“, findet Sommer, „wichtig ist, dass in den beteiligten Ministerien der Wille zum Erfolg vorhanden ist.“ Die Weichen hätten längst gestellt sein können und müssen, warf Michael Solf (CDU) der Vorgängerregierung vor und meinte: „Aber besser spät als nie.“ YV

# Mangelnde Bereitschaft

## Abgeordnete reden über Wert des dualen Ausbildungssystems

Über die wenig befriedigende Lage auf dem Ausbildungsmarkt konnte sich Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) auf seiner Ausbildungstour 2006 durch zahlreiche Unternehmen selbst überzeugen. Welche Eindrücke er dabei gesammelt hat, darüber berichtete er dem Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Vorsitzender Günter Garbrecht, SPD). Immer weniger Jugendlichen gelinge der Einstieg in das duale System einer praktischen Lehre in Betrieben und einer theoretischen Ausbildung in Berufsschulen, so das Fazit des Ministers.

Ich frage mich ernsthaft, ob das duale System noch zukunftsfähig ist. Es hat quantitativ versagt. Das ist meine ganz persönliche Meinung“, betonte Rainer Bischoff (SPD) nach dem Bericht des Arbeitsministers. Der hatte im Ausschuss Klartext gesprochen. Nach seiner Tour durch alle 16 Arbeitsagenturbezirke sei er „sehr betroffen“. Zahlreiche Gespräche mit Unternehmern hätten deutlich gemacht, wie groß das Problem der Jugendlichen in der Warteschleife für einen Ausbildungsplatz sei.

„Der Übergang von der Schule in die duale Berufsausbildung funktioniert offenbar nicht“, stellte der Minister fest. An den Berufsschulen gebe es mittlerweile mehr Vollzeitschüler als Jugendliche in der dualen Ausbildung. „Da ein Vollzeitplatz an einer Berufsschule rund 6.000 Euro im Jahr kostet, wird bereits ein erheblicher Teil der Berufsausbildung vom Staat finanziert“, verdeutlichte Laumann. Oberstes Ziel aller Bemühungen müsse es sein, die Jugendlichen in der Warteschleife zur Kammerprüfung zu füh-

ren, ihnen eine abgeschlossene Berufsausbildung zu ermöglichen. „Wir müssen die Effizienz der bisherigen Fördermaßnahmen für den Ausbildungsmarkt überprüfen“, meinte der Minister.

„Erschreckend“ fand Rainer Schmeltzer (SPD) die Analyse des Ministers. Seiner Meinung nach „schaden sich die Unternehmer doch nur selbst, wenn sie keine weiteren Ausbildungsplätze schaffen“. Der ausbildungspolitische Sprecher befürwortet daher Pläne, nach denen auch eine Schulausbildung in Vollzeit zur Kammerprüfung führt. Sein Fraktionskollege Rainer Bischoff sah nach seiner Einschätzung kaum noch Chancen, die Zahl der ausgebildeten Jugendlichen durch politische Korrekturmaßnahmen erhöhen zu können. Die Politik müsse endlich ein Tabu brechen und über grundlegend alternative Ausbildungssysteme diskutieren.

Barbara Steffens (GRÜNE) erkannte in der viel diskutierten Ausbildungsplatzumlage weiterhin ein wirksames Instrument, die Aus-

bildungsbereitschaft der Unternehmen zu erhöhen. „Da dieser Vorschlag aber wohl nicht durchsetzbar ist, müssen wir neue Anreizsysteme schaffen“, forderte die Abgeordnete. Zugleich appellierte sie an die Schulen, Jugendliche frühzeitig zur Berufsorientierung zu motivieren. „Viele Schüler stellen sich gar nicht mehr die Lebensfrage, was sie einmal werden wollen. Die beschäftigen sich lieber mit Raumschiffen auf ihren Computern, als sich um die eigene Zukunft zu kümmern.“

Norbert Post (CDU) wies darauf hin, dass sich zurzeit mindestens 50.000 Jugendliche in einer Warteschleife für einen Ausbildungsplatz in NRW befänden. Post forderte deshalb die Ministerien auf, „den Wust von Förderangeboten zum Berufseinstieg überschaubarer zu ordnen“. Er kenne Lehrer, die längst nicht mehr wüssten, welche Fördermaßnahmen für ihre Schüler geeignet seien. „Mit diesem Chaos muss Schluss sein“, so Post. CDU-Fraktionskollege Rudolf Henke wollte die Frage nach alternativen Wegen zur Kammerprüfung nicht mit der Frage nach der Qualität des dualen Systems verknüpft sehen. „Wir dürfen die Qualität des dualen Systems in der Debatte nicht über Bord gehen lassen“, appellierte er an alle Ausschussmitglieder. SW

## Per Endoskop ins Brückeninnere

... schauen oder die Übertragung der aktuellen Fahrbahntemperaturen im Lande – dies waren nur zwei der Informationsangebote, die den Abgeordneten bei ihrem Besuch im Betriebssitz von Straßen.NRW in Gelsenkirchen gemacht wurden. Der Verkehrsausschuss des Landtags war in die Stadt an der Emscher gereist, um sich im Betriebsgebäude am Wildenbruchplatz von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über Themen wie Straßenbautechnik, Brückenprüfung, Stauvermeidung, Sicherheitsaudit, Verkehrssimulation und Winterdienst unterrichten zu lassen. Auf dem Bild der Ausschussvorsitzende Wolfgang Röken (r., SPD) zusammen mit Verkehrsminister Oliver Witte (l., CDU). In der Mitte Straßen.NRW-Hauptgeschäftsführer Winfried Pudenz.



## Ziel: Sicher wie ein Spielplatz

### Wie sind Kinder vor den Gefahren des Internets zu bewahren?

*Welcher ist der beste Jugendmedienschutz: die technische Absicherung durch Filter, Passwörter, Schutzprogramme oder die Schulung der Medienkompetenz von Eltern und Kindern? Darüber gab es im Rahmen einer öffentlichen Anhörung mit Sachverständigen unterschiedliche Meinungen. Angesetzt hatte das Expertengespräch der Ausschuss für Generationen, Familie und Integration (Vorsitz Andrea Milz, CDU).*

Mediale Vielfalt bedeutet Meinungsvielfalt und hat viele positive Auswirkungen. Doch Kinder und Jugendliche haben heute ein hohes Risiko, besonders bei der Internet- und Handy-Nutzung mit Inhalten konfrontiert zu werden, die für sie nicht geeignet sind. Deshalb haben die Koalitionsfraktionen CDU und FDP den Antrag „Initiative Kinder- und Jugendmedienschutz 2006“ (Drs. 14/1548) ausgearbeitet und fordern, die Schutzmechanismen der tradierten Medien auf die neuen Medien zu übertragen und weiterzuentwickeln.

Wichtig sei erst einmal, die Medienkompetenz der Eltern zu fördern, meinte Jan Lieven von der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Köln. „Wir werden am Telefon ständig gefragt: Welche Computerspiele sind verboten, was kann ich abstellen und was muss ich beim Chat meines Kindes beachten?“

Friedemann Schindler von „jugendschutz.net“ aus Mainz äußerte die Befürchtung, Medienkompetenz werde von den Anbietern als Alibi benutzt: „Statt ihrer Verpflichtung gerecht zu werden, verweisen die Firmen auf mangelnde Medienkompetenz der Nutzer.“ So sei es beispielsweise zu kompliziert, Filterprogramme zu installieren. Im Chat fehlten moderierte Kinderangebote, die sicher und rund um die Uhr geöffnet seien. Handys seien nicht sicher konfiguriert, Suchmaschinen zeigten immer noch pornographische Seiten an.

„Ich habe die Sorge, dass wir in Technik investieren und dann meinen, alles sei gut. Die Eltern installieren ein Schutzprogramm und die Jugendlichen lachen, weil sie es längst wieder ausgeschaltet haben. Ich warne davor, weiter Geld dafür auszugeben“, konterte Andreas Ruff

(Jugendamt der Stadt Essen). Das wunderte Martin Pinkerneil, selbständiger Berater aus Köln. Kinder bekämen übers Handy Werbung, die kaum kontrolliert werde, und Fotos, die sie gar nicht wollten. Helfen könnten da sehr wohl Filterprogramme, die könnten Kinder auch nicht einfach abstellen. Er nannte interessante Beispiele zahlreicher hier noch unbekannter Programme. So gebe es in den USA ein einfaches Formular, mit dem Eltern das Versenden von SMS zu bestimmten Zeiten verbieten könnten oder eine Software, die die Lautstärke bei Musikprogrammen begrenze.

Den Nutzen von Schutzprogrammen einsetzen und sie installieren sind allerdings zweierlei

Dinge. So fragte Dr. Gernot Gehrke (ecmc – Europäisches Zentrum für Medienkompetenz aus Marl) die Anwesenden: „Genügt Ihr Computer denn den Schutzanforderungen?“ Und Friedemann Schindler sah sich schon als Medienbeauftragter seiner Familie fast überfordert: „Von mir wird erwartet, dass ich auf jedes Handy meiner Kinder, auf alle unsere Computer und Laptops Filterprogramme installiere, weil das der Anbieter nicht macht. Warum gibt es keinen Discount-Computer, bei dem ein Knopfdruck reicht, um das Kinder-, das Jugend- oder das Erwachsenenprofil einzustellen?“

Schon in den schriftlichen Stellungnahmen waren die unterschiedlichen Prioritäten der Experten deutlich geworden. So hatte der Vertreter der „Akademie Remscheid für musische Bildung und Medienerziehung“, Dieter Glaap, geschrieben: „Wenn Counter-Strike verboten, die letzte LAN untersagt, der letzte Bildschirm erloschen ist, werdet ihr bald merken, dass ihr eure Kinder trotzdem erziehen müsst.“ Andere hatten darauf hingewiesen, dass angesichts der Möglichkeit, immer und überall online zu gehen, Schutzprogramme nötig seien: Eltern könnten schließlich nicht überall sein. Die Sperrung bestimmter Angebote auf der Ebene von Zugangsanbietern sei die einzig wirksame Maßnahme.

Friedemann Schindler verwies schließlich darauf, dass Technik und Mensch in diesem Fall keine Alternativen seien: „Menschen sind der beste Schutz, aber ich verlange von den Anbietern, dass sie das tun, was möglich ist, und das auch gefälligst selbst bezahlen“, betonte er. Dr. Jürgen Brautmeier von der Landesanstalt für Medien NRW formulierte, die Vertreter der Industrie hätten noch „Hausaufgaben“ zu erledigen. Gernot Gehrke unterstützte seine Vorredner: „Ein Spielplatz ist so aufgebaut, dass ich mich nicht verletze. Wir müssen dasselbe von den Anbietern der Online-Medien erwarten.“ DD

Ringem um den besten Weg (v.l.): Mechthild Appelhoff, Dr. Jürgen Brautmeier und Holger Girbig von der Landesanstalt für Medien NRW, Rainer Assion (WDR), Dr. Gernot Gehrke vom Marler Zentrum und die Ausschussvorsitzende Andrea Milz (CDU).



Foto: Schälte

# Hilfe im Förderdickicht

## Experten zum 7. Rahmenprogramm der Europäischen Union

*Das 7. EU-Rahmenprogramm für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration ist eines der größten Programme der EU. Ziele sind unter anderem mehr Forschung und Innovation, die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und die Förderung von Spitzentechnologie. Das EU-Programm soll von 2007 bis 2013 laufen und ein Budget von insgesamt 50 Milliarden Euro bekommen.*

Damit bietet es für Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen in NRW große Chancen, Mittel für Forschungsvorhaben und Kontakte zu europäischen Partnern zu erhalten. Das Motto lautet dabei: Mehr europäische Gemeinschaftsprojekte wie Airbus, ESA und Galileo und mehr Forscher aus Nordrhein-Westfalen.

Der Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie unter Vorsitz von Dr. Michael Vesper (GRÜNE) hatte Vertreter von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen aus NRW eingeladen. Beantragt hatte die Anhörung die Fraktion der Grünen. In der Begründung hieß es, die europäische Forschungsförderung gewinne immer mehr an Bedeutung und die vorhandenen Unterstützungsmöglichkeiten müssten optimiert werden. Wie, das sagten die Experten.

So forderte Gerd Hoppe von der Corporate Management Elektro Beckhoff GmbH aus Verl, mittelständische Unternehmen müssten direkt und gezielt angesprochen werden, Infotage nützten nichts. Außerdem dürften die Projektideen nicht so früh veröffentlicht werden, da sie sonst „geklaut“ würden. Viele Forschungsergebnisse blieben nicht wie angestrebt in der

EU, sondern gelangten bereits vor Abschluss der Projekte in Länder außerhalb der europäischen Gemeinschaft. Die Erhöhung der Fördermittelquote von bisher 50 auf 75 Prozent für kleine und mittlere Unternehmen lobte er: Bisher seien Forschungsprojekte für den Mittelstand nämlich ein „Null-Summen-Spiel“ gewesen. Ohne Förderung wären die Vorhaben schließlich in der halben Zeit durchzuziehen, weil die Absprache mit anderen und die ständigen Reisen entfallen würden.

Klaus Zimmermann (Vereinigung der Industrie- und Handelskammern in NRW e.V. Düsseldorf) betonte, mehr Mittelständler bekomme man nur dann ins Forschungsprogramm, wenn die komplizierten administrativen Verfahren und aufwändigen Dokumentationen vereinfacht würden. Im Unterschied zu anderen EU-Programmen erfolgen die Projektvereinbarungen nämlich direkt zwischen den Teilnehmern und der EU-Kommission. Neben Informationsveranstaltungen und Sprechtagen müssten Leitfäden für die Antragstellung geboten werden. Einzelberatung sollte aber nicht finanziell gefördert werden:

„Ich glaube nicht, dass Mittelständler

dadurch motiviert werden. Ich befürchte eher Mitnahmeeffekte.“

Ihm widersprach Stefan Braun, Vertreter der vom Land geförderten Beratungseinrichtung ZENIT GmbH (Zentrum für Innovation und Technik in NRW) aus Mülheim/Ruhr. „Es reicht nicht aus, erst ab Antragsgenehmigung zu zahlen“, betonte er. „Das Projektentwickeln und das Antragstellen kosten viel Zeit und Geld und sollten bereits gefördert werden. Das wäre eine wichtige Motivationshilfe für Neueinsteiger.“ Andere kritisierten, dies könne dazu führen, dass vorwiegend aus finanziellen Gründen Förderanträge gestellt würden. Besser sei es, wenn Hochschulen und Forschungsinstitute offen seien für Mittelständler. Dr. Birgit Felten (Ruhr-Universität) berichtete, ihre Hochschule habe eigene Stellen für EU-Referenten eingerichtet.

Man wolle beides, interessant für die Universitäten und auch für die Unternehmen sein, sagte Richard Escritt, der Direktor für Koordination der Gemeinschaftsmaßnahmen von der Europäische Kommission (Generaldirektion Forschung) aus Brüssel. Er erklärte, die Vorbereitungen für das 7. Rahmenprogramm seien kurz vor ihrem Abschluss: „Das Europaparlament entscheidet im November, der Rat kann dann noch im Dezember reagieren.“

In einem war man sich einig: Die vielfältigen Unterstützungs- und Beratungsangebote müssten abgesprochen, die Internetpräsenz verbessert werden. Erste Überblicke gebe es zu viele, wenn es dann konkret werde, sei Hilfe rar. „Wir haben festgestellt, dass Neulinge den Rat von denjenigen suchen, die bereits erfolgreich Fördermittel beantragt haben“, so Braun. Helfen könnte da beispielsweise das Forschungszentrum Jülich. Ihm wurden insgesamt 137 Anträge mit einer Fördersumme von 34,9 Millionen Euro von der EU bewilligt. DD



## Unter neuem Vorsitz

... steht der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Der CDU-Politiker Franz-Josef Knieps (L., 63) wurde einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt. Der gelernte Bäcker- und Konditormeister und Präsident der Kölner Handwerkskammer ist seit Juni 2005 Mitglied des Landtags. Er löst den früheren CDU-Generalsekretär Hans-Joachim Reck ab, der Anfang September sein Mandat niedergelegt hatte. Knieps' Rolle als wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion übernimmt sein Fraktionskollege Lutz Lienenkämper (r.). Der 37-jährige Rechtsanwalt ist ebenfalls seit Beginn der laufenden Wahlperiode Mitglied des Landtags. Foto: Schälte

## Bodenständig und innovativ

### Das Münsterland hat sich im Landesparlament vorgestellt

*Der inzwischen fünfte Regionalabend wurde im Landtag zelebriert: Diesmal war das Münsterland eingeladen. Das Motto lautete „Erlebnis Münsterland“. Gemeint waren damit Leistungsfähigkeit und Innovationskraft von Wirtschaft und Wissenschaft, die kulturellen und sportiven Reize der Region sowie der Erholungswert der Landschaft.*

Zum Stichwort Münsterland fällt, im Rest des Landes, vielen etwas ein und jedem etwas Unterschiedliches. Für die einen ist es „schwatt“ wegen seiner Glaubenskraft, andere sehen das Grün der Parklandschaft mit ihren bernsteingelben Klöstern und Schlössern, mancher hört das Knirschen des Fahrradreifens durch den Pättkes-Sand. Jeder kann sich an einen Bummel über den münsterschen Prinzipalmarkt erinnern, ein Besuch auf dem Wochenmarkt am Domplatz schließt sich oft an.

Das Antiquariat des Privatdetektivs Wilsberg liegt im Schatten der Überwasserkirche. Jan-Josef Liefers ermittelt als Gerichtsmediziner Professor Börne in der Pathologie des Klinikums. Zur steten Warnung vor Irrwegen hängen immer noch die Käfige der drei hingerichteten Wiedertäufer am Turm von St. Lamberti. Hundert Meter weiter, im Friedenssaal des Rathauses, eine andere Lehre: Dass auch europäische Glaubenskriege nach drei Jahrzehnten ein Ende finden können, wenn man sich redlich bemüht, weil man vom Waffengeklirr erschöpft ist – und wenn man lange genug verhandelt.

Draußen in der Landschaft ist inzwischen nur noch selten das Muhen der Milchkuhe auf den Weiden zu vernehmen. Einer agrarisch geprägten Region ist eines ihrer Klischees abhanden gekommen. Die Schweine (nur im Oldenburgischen Münsterland gibt es mehr davon) grunzen schon länger in ihren klimatisierten Aufzuchtställen. Der Strukturwandel verschont die bäuerliche Wirtschaft nicht, wie er schon vor

Jahrzehnten die münsterländische Textilindustrie hinweggefegt und nur noch ein paar hoch spezialisierte Hersteller mit Spezialprodukten und weltweiter Kundenkartei übrig gelassen hat.

Dass das Münsterland nicht zum bloßen Freizeitpark für die benachbarten Holländer, Bremer und Ruhrgebietler geworden ist, liegt an der Innovationskraft der Region, an aufgeschlossenen Unternehmern, gut ausgebildeten und bodenständigen Facharbeitern, an Wissenschaftlern, die sich im Elfenbeinturm nicht mehr wohl fühlen und an den jungen Studierenden, die im Puls der Semester das Durchschnittsalter der Bevölkerung kräftig nach unten treiben. Sie studieren gerne in dieser Region, fühlen sich wohl, sind fleißig und nur dann nicht mehr fröhlich, wenn sie, mit Bachelorgrad oder Doktorhut versehen, Hörsaal, Mensa und „Cafete“ verlassen müssen.

Sie gehen ungen und erinnern sich ihr Leben lang an eine Region, in der Essen und Trinken noch stärker als anderswo Leib und Seele zusammenhalten. Panhas, Wurstebrot und Leberbrot, Münstersch Töttchen und der unnachahmliche westfälische original luftgetrocknete Knochenschinken, draußen beim Ausflug aufs Land gern zusammen mit Butter, Bauernstuten, Gurke und einem Klacks Kartoffelsalat und dem einen oder anderen Pils genossen, haben lange die Speisekarten bestimmt.

Heute liest sich das anders. Da gibt es als Vorspeise Lembecker Ziegenkäse mit Kürbischutney oder Kalbsleberpraline im Pumperni-

Langsam, dröge und humorlos – das alles war die Gruppe „Bullemänner“ aus dem legendären münsterländischen Ort Suchdtrup überhaupt nicht. Die beiden Protagonisten Augustin Upmann und Heinz Weißenberg nahmen sich und ihre Landsleute auf die Schuppe, spekulierten über den Stromausfall vom letzten Jahr, ätzten über die Rechtschreibreform und verhöhnepielten das Landeswappen: Viele abendliche Lacher über das „Ethnokabarett“ Foto: Meyer

ckelmantel. Als Hauptgericht werden gern genommen der „Münsterländer Rosenkranz“ (zu Deutsch Bratwurstschnecke auf Kartoffel-Wirsinggemüse) oder „Münsterländer Schweineweiß“ (Kasselerbraten mit Rote-Bete-Gemüse) und natürlich „Schmörkes“, also kleine Bratkartoffeln. Das alles fand am Regionalabend viel Anklang. Abgerundet wurde es von einem Münsterländer Lagerkorn, der in Limousin-Eichenfässern sein Barriquearoma und vom früheren Inhalt, französischen Cognac, seinen Farbton mit bekommen hat.

Dies – und vieles mehr – hat das Münsterland zu bieten. Wenn in diesem Bericht des speziellen westfälischen Karnevals nicht gedacht wurde, wenn vergessen wurde, auf Münster als Verwaltungssitz zu verweisen, wenn die alten Originale wie der tolle Bomberg oder Professor Landois unerwähnt oder der Sport und die Rolle des Pferdes in Zucht und Freizeit unwürdigt blieben, wenn der „Send“ ebenso wie Leistungen in Literatur und Kunst nicht bedacht wurden, kein Wort zum atomaren Zwischenlager Ahaus und zur Urananreicherung in Gronau gefallen ist, wenn die spektakulären Gerichtsprozesse der Vergangenheit außen vor geblieben sind und an die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht erinnert werden konnte – fest steht: „Das Münsterland ist eine schöne und aktive Region, die über eigene Grenzen schaut und in Europa ihre Zukunft hat.“ Diesem Urteil von Parlamentspräsidentin Regina van Dinther bleibt nichts hinzuzufügen. JK

# Strukturwandel von der Basis

## Interviews mit Abgeordneten aus dem Münsterland

*Münsterland – das Land der Gegensätze? Tatsächlich präsentiert sich die Region ausgesprochen vielschichtig: traditionell und weltoffen, handwerklich geprägt und wissenschaftlich versiert, ländlich strukturiert und wirtschaftlich expansiv. Dabei gerät oft in Vergessenheit, dass das Münsterland durch den Niedergang seines ehemals wichtigsten Wirtschaftszweigs einen tiefgreifenden Strukturwandel zu verkraften hatte. Wie das gelang, mit welchen Problemen die Region heute zu kämpfen hat und wo ihre Zukunftschancen liegen, darüber sprach „Landtag intern“ mit Werner Jostmeier (CDU), André Stinka (SPD), Rüdiger Sagel (GRÜNE) und Dr. Stefan Romberg (FDP).*

**Naturerlebnis oder Nanotechnologie: In welche Richtung weist die Zukunft des Münsterlandes?**

**Jostmeier:** Diese Frage lässt sich nicht mit „entweder/oder“ beantworten: Es wird eine Kombination von beidem geben, die wir übrigens auch heute schon vorfinden. Was die Bayern mit „Laptop und Lederhose“ bezeichnen, könnten wir augenzwinkernd mit „Holzschuh und Hightech“ umschreiben. Forschungsstandorte wie die Universität Münster und die Fachhochschulen Bocholt und Steinfurt verbunden mit Natur, Tradition, Bodenständigkeit und den Menschen, die durch Fleiß, Zuverlässigkeit, Hilfsbereitschaft und Weltoffenheit geprägt sind – das alles macht das Münsterland aus und weist den Weg in eine erfolgreiche Zukunft.



Werner Jostmeier (CDU)

**Stinka:** Tourismus und Forschung sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Beides sind Zukunftsfelder. Zum einen hat das Münsterland gute Möglichkeiten, die Zahl der Kurzurlauber weiter zu steigern und Natur für die Menschen aus den Ballungszentren vorzuhalten. Was die Nanotechnologie betrifft, bin ich sicher,

dass gerade die klein- und mittelständischen Betriebe im Münsterland gute Zukunftschancen haben und die Zahl der Arbeitsplätze weiter ansteigen wird. Darüber hinaus sehe ich aber auch im Bereich der regenerativen Energien große Entwicklungschancen: Ich denke da beispielsweise an das große Feld der Biomassenutzung, an Holzvergasung oder an die Gewinnung von Bioethanol. Hier muss jedoch die Vernetzung zwischen dem Forschungsstandort Münster und den Produktionsstätten im gesamten Münsterland verbessert werden.

**Sagel:** Das Münsterland hat beide Spektren zu bieten: Einerseits ein vielfältiges Landschaftsbild mit einem entsprechend reichhaltigem Tourismusangebot, auch wenn dieses im Bereich des angepassten und naturnahen Tourismus noch ausbaufähig ist. Andererseits ein zukunftsweisender und durch seine mittelständische Organisation solider Technologiestandort mit Münster als Zentrum. Münster gilt jedoch nicht nur als namhafter Hochschulstandort im Bereich der Nano- und Biotechnologien, sondern genießt auch bei den Geisteswissenschaften einen bundesweit guten Ruf. Bei allem Lob gibt es aber auch Kritikpunkte: Vor allem denke ich daran, dass das Münsterland mit der Urananreicherungsanlage Gronau und dem Atommüllzwischenlager Ahaus die letzte Atomregion in NRW ist. Als Umweltschützer muss ich immer wieder auf die unkalkulierbaren Risiken hinweisen, die mit der Atomenergie verbunden sind, und fordere nach wie vor einen schnellstmöglichen Ausstieg.

**Dr. Romberg:** Ich denke, das eine schließt das andere nicht aus, und gerade das Münsterland ist prädestiniert, beides voran zu bringen.



André Stinka (SPD)

Münster ist heute bereits ein hochwertiger Biotechnologiestandort mit zahlreichen Firmenansiedlungen. Ich erwarte in diesem Bereich auch weiterhin einen Job-Boom. Um dies zu erleichtern, wird die Regierungskoalition die politischen Voraussetzungen verbessern, damit die Biotechnologien künftig nicht mehr so reglementiert werden wie in der Vergangenheit. Andererseits ist das Münsterland sowohl landschaftlich als auch kulturell sehr reizvoll. Die Tourismuszahlen sind im vergangenen Jahr wieder deutlich angestiegen. Resümierend möchte ich sagen, dass sich das Münsterland auf einem guten Weg befindet. Nachholbedarf sehe ich jedoch im Bereich der Verkehrsinfrastruktur. Hier sind zu Zeiten der rot-grünen Landesregierung über Jahre hinweg viele Verkehrsprojekte vernachlässigt worden, wie zum Beispiel die Ost-West-Verbindung. Wir sind bemüht, diese nun auf den Weg zu bringen.

**Die Neuordnung der mittleren Verwaltungsebene wird auch am Münsterland nicht spurlos vorbeigehen. Was steht dabei für das alte Verwaltungszentrum Münster auf dem Spiel?**

**Jostmeier:** Das Thema Verwaltungsstrukturreform wird im Münsterland kontrovers diskutiert. Derzeit wird die Diskussion von der Angst überlagert, von Westfalen könne im Zuge einer Dreiteilung des Landes nur ein „Restfalen“ übrig bleiben. Je nach Zuschnitt der Regionen wird ein krasses Ungleichgewicht zwischen Rheinland, Ruhrgebiet und Westfalen befürchtet. Wir nehmen diese Sorgen ernst und wollen eine politische Antwort darauf geben. Wir sehen aber auch große Chancen. Schließlich brauchen wir Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung, um den Landshaushalt zu entlasten und den Menschen im Land neue Chancen zu eröffnen. Klar ist: Münster ist und bleibt das Verwaltungszentrum Westfalens. Eine Dreiteilung auf der mittleren Verwaltungsebene würde die „Zuständigkeit“ der Stadt ausdehnen. Inso-

Fotos: Schälte



Rüdiger Sagel (GRÜNE)

fern wird die Bedeutung als Verwaltungsstandort eher steigen. Doch natürlich muss es auch weiterhin Verwaltungshandeln in Arnsberg und Detmold geben.

**Stinka:** Für Münster steht viel auf dem Spiel: Verwaltungsstrukturen, die hier über Jahrzehnte aufgebaut wurden, sorgen für eine vorbildliche Zusammenarbeit der Behörden untereinander und dürfen nicht leichtfertig aufgegeben werden. Münster hat eine koordinierende Funktion im Münsterland. Zudem bündelt Münster sehr viel Sachverstand und Verwaltungswissen an einem Ort. Ich selbst bin Landesbeamter beim Oberverwaltungsgericht und meine behaupten zu können, dass in Münster gute und effektive Verwaltungsarbeit geleistet wird. Eine völlige Zerschlagung dieser Strukturen brächte aus meiner Sicht keinen Vorteil. Sicherlich muss Verwaltung ihr eigenes Handeln immer wieder auf den Prüfstand stellen. Man sollte sie aber auch nicht allgemein als Hemmschuh abstempeln.

**Sagel:** Man sagt ja, Münster ist der „Schreibtisch Westfalens“. Dieser Schreibtisch wackelt im Augenblick, denn es ist nicht klar, in welche Richtung der Reformwille der Landesregierung gehen soll. Aus grüner Sicht geht es natürlich darum, Bürokratie abzubauen, aber mit Augenmaß. Die jüngsten Fleischskandale machen deutlich, wie wichtig und sinnvoll es ist, bestimmte Aufgaben wie die Kontrollen im Bereich Lebensmittelsicherheit bei der Verwaltung zu belassen und diese sogar auszuweiten. Für mich persönlich muss Münster auch in Zukunft der zentrale Standort für Westfalen bleiben. Münster ist sowohl Sitz der Bezirksregierung als auch des Landschaftsverbandes Westfalen/Lippe, der wichtige soziale Aufgaben wahrnimmt. Das muss erhalten bleiben. Daher sehe ich dem

Vorhaben der Landesregierung, immer mehr Verwaltungsaufgaben aus Münster abzuziehen – Stichwort Landesbetriebe Straßenbau oder Wald und Holz – mit Sorge entgegen.

**Dr. Romberg:** Noch sind ja keine konkreten Standortpläne geschmiedet worden. Bislang ist das Verwaltungszentrum Münster Sitz des Landschaftsverbandes und der Bezirksregierung. Als Münsterländer ist es mir wichtig, dass dieser Verwaltungsschwerpunkt nicht gänzlich aufgegeben wird, sondern dass Münster auch nach einer Verwaltungsstrukturreform weiterhin eine starke Rolle spielen wird. Schließlich liegt uns Westfalen die Tradition Münsters als alte Hauptstadt Westfalens am Herzen. Welche Rolle das Münsterland – nicht zuletzt in Abgrenzung zum Ruhrgebiet – spielen wird, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht sagen.

**Im Kreis Borken sind mehr als ein Viertel der Einwohner 18 Jahre oder jünger. Hat das Münsterland allein aufgrund seiner Altersstruktur bessere Entwicklungschancen als andere Regionen in NRW?**

**Jostmeier:** Zweifelsohne ja! Im Münsterland finden wir weitgehend intakte soziale Strukturen vor, im Familienleben, bei gut ausgebildeten Nachbarschaften und im Vereinsleben. Hinzu kommt, dass das Münsterland ein attraktives Zuzugsgebiet ist. Das liegt zum einen an der reizvollen Landschaft, vor allem aber an der guten Arbeitsmarktsituation. Viele junge Familien haben dem Ruhrgebiet den Rücken gekehrt und sich in den münsterländischen Kreisen niedergelassen. Die Münsterländer haben den Strukturwandel nach dem Niedergang der Textilindustrie gestemmt, indem sie sich auf ihre Stärken besonnen haben. Heute ist unsere Region von einer vielschichtigen mittelständischen Wirtschaftsstruktur geprägt.

**Stinka:** Im Vergleich zu niedrigeren Geburtenraten in Ballungszentren hat das Münsterland einen Vorteil. Wir dürfen aber nicht verkennen, dass die demographische Entwicklung auch an uns nicht spurlos vorbeigeht. Als Münsterländer würde ich nicht darauf bauen, dass wir künftig noch von Zuzügen aus dem Ruhrgebiet profitieren können. Daher sollten wir unser Handeln jetzt bereits auf die infrastrukturellen und städtebaulichen Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft ausrichten. Ein Beispiel: Nordkirchen hat lange Zeit von Zuzügen aus Dortmund gelebt. Jetzt stellen wir fest: Es gibt

kaum noch Zuzüge. Von daher darf es hier keine Konkurrenz zwischen dem Münsterland und den Ballungszentren geben. Im Gegenteil, wir werden in Zukunft viel stärker zusammenarbeiten müssen.

**Sagel:** Das Münsterland hat momentan sicherlich eine bessere Entwicklungsperspektive als beispielsweise das Ruhrgebiet. Insbesondere das nördliche Ruhrgebiet leidet unter Einwohnerschwund durch Abwanderung. Im Münsterland hingegen beobachten wir immer noch Zuzüge. Trotzdem dürfen wir uns nicht zurücklehnen und eine moderne und auf die Bedürfnisse seiner Einwohner ausgerichtete Politik aus den Augen verlieren. Dazu gehören sowohl die ausreichende Versorgung mit Kindergartenplätzen wie auch die perspektivische Sicherung von Arbeitsplätzen in der Region.

**Dr. Romberg:** Es ist sicher so, dass vieles an den Strukturen im Münsterland familienfreundlicher ist als in anderen Regionen. Darüber hinaus gehört ein sicherer Arbeitsplatz immer noch zu den wichtigsten Voraussetzungen, um sich für Kinder zu entscheiden. Ein Blick in die Arbeitslosenquote verrät: Das Münsterland steht auch hier deutlich besser da als andere Regionen, ohne dass wir dafür größere Mengen öffentlicher Gelder erhalten hätten. Dabei musste auch das Münsterland einen heftigen Struktur-



Dr. Stefan Romberg (FDP)

wandel überstehen, als die Bekleidungsindustrie in den 50-er und 60-er Jahren nahezu gänzlich zugrunde ging und mit ihr zehntausende Arbeitsplätze verschwanden. Das Erfolgsrezept lautete: Strukturwandel von der Basis statt Dauersubventionen.

**Die Interviews führten Jürgen Knepper und Axel Bäumer.**

## +++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bereits 127 Petitionen zur Erhebung von Rundfunkgebühren sind in der laufenden Legislaturperiode beim Landtag eingegangen. Dies verkündete die Vorsitzende des Petitionsausschusses, Inge Howe (SPD), im **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD). Der Hauptgrund sei eine im April 2005 in Kraft getretene Verfahrensänderung, welche die Befreiung von Rundfunkgebühren nun an den Erhalt von Grundsicherung, Arbeitslosengeld II oder BAföG knüpft. Da ein „geringes Einkommen“ für die Befreiung nicht mehr ausreicht, beschwerten sich beispielsweise zahlreiche Rentner oder Wohngeld-Empfänger. Professor Dr. Stefan Winter, Staatssekretär im Sozialministerium, kündigte an, ein neuer Vertragsentwurf werde den Anspruch auf Befreiung erleichtern. Ferner stimmte er mit Howe darin überein, dass eine Gesetzesänderung nötig sei, um die praktische Umsetzung der so genannten Härtefall-Regelung bei der Gebührenbefreiung zu vereinfachen.

+++

Das Lehramtsstudium hat Zukunft: Dies sagt eine langfristig angelegte Prognose über Einstellungsangebot und -bedarf für Lehrer in NRW, die im **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) vorgestellt wurde. Sie soll Lehramtsstudierenden die Wahl der Fächer und Schulformen erleichtern, so Staatssekretär Günter Winands. Vor allem in der Primar- und Sekundarstufe I rechnet man in den nächsten Jahren mit guten Einstellungschancen: Bis 2020 seien hier rund 10.000 freie Stellen neu zu besetzen. Mit Ausnahme der Berufskollegs sei bei allen Schulformen mit einem größtenteils ausgewogenen Verhältnis von Angebot und Nachfrage zu rechnen.

+++

Über die Arbeitsbelastung der Sozialgerichte durch so genannte „Hartz IV-Klagen“ informierte sich jetzt der **Rechtsausschuss** (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP). Vorausgegangen waren zahlreiche Medienberichte, nach denen eine „regelrechte Klage-Flutwelle“ die Justiz in NRW überrolle. Dem widersprach Jan Söffing, Staatssekretär im Justizministerium: Bei den Sozialgerichten seien im Jahr 2006 bislang insgesamt 38.519 Klagen eingegangen, darunter 7.504 Klagen auf Grundversorgung durch Hartz IV. „Ein erheblicher Anstieg der Geschäftsleistungen bei den Ge-

richten ist nicht zu erkennen“, betonte Söffing. Von einer Klagewelle könne in NRW keine Rede sein. „Einen weiteren politischen Handlungsbedarf sehen wir daher nicht gegeben.“

+++

Geht es nach dem Willen der schwarz-gelben Koalition, dürfen Einzelhändler bereits zum diesjährigen Weihnachtsgeschäft ihre Läden von Montag bis Samstag rund um die Uhr öffnen. Die Termine für eine Anhörung sowie für das weitere Beratungs- und Abstimmungsverfahren seien so angesetzt, dass



Illustration: Peter Flock

das neue Ladenöffnungsgesetz der Landesregierung (Drs. 14/2478) bereits in den Plenarsitzungen am 15. und 16. November verabschiedet werden könnte. Dies berichtete der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP, Dietmar Brockes, jetzt im **Wirtschaftsausschuss** (Vorsitz Franz-Josef Knieps, CDU). Die öffentliche Anhörung von Experten und Verbänden hat der Ausschuss für den 18. Oktober, 14 Uhr, im Plenarsaal des Landtags angesetzt.

+++

Über die Ergebnisse der Innenministerkonferenz zu Fragen der Terrorabwehr informierte sich jetzt der **Innenausschuss** (Vorsitz Winfried Schittges, CDU). Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) stellte den Abgeordneten die wesentlichen Merkmale der neuen Anti-Terror-Datei vor: Er machte deutlich, dass die Datei „keine Rechtsgrundlage für die Speicherung neuer Daten ist, sondern lediglich bereits erhobene Daten zu verdächtigen Personen zusammenführt“. Monika Düker (GRÜNE) kritisierte, dass sich die Innenminister der Länder dennoch auf ein Freitextfeld in der Datei verständigt haben, in das ermittelnde Behörden

individuelle Informationen zu verdächtigen Personen aufnehmen können. Die NRW-Datenschutzbeauftragte Bettina Sokol machte zudem darauf aufmerksam, dass die Datei keinen vollkommenen Schutz gegen terroristische Anschläge bieten könne: „Die beiden Kofferbomber mit ihren geplanten Anschlägen auf Regionalzüge wären in der Datei sicher nicht aufgetaucht.“

+++

In Niedersachsen hatte Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) die Mehrgenerationenhäuser bereits begutachtet, jetzt soll ganz Deutschland in den Genuss der offenen Tagesbegegnungstätten für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Ältere kommen. Generationenminister Armin Laschet (CDU) informierte den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** (Vorsitz Andrea Milz, CDU) über die Initiative des Bundesministeriums. „In jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt wird ein Mehrgenerationenhaus entstehen“, erklärte Laschet. „Bundesweit haben sich bereits 2.500 interessierte Einrichtungen um die Förderung beworben.“ In Frage kämen beispielsweise Begegnungszentren für Senioren sowie Mütter-, Familien- oder Stadtteilzentren. „Die Mehrgenerationenhäuser sind eine sinnvolle Ergänzung unserer Familienzentren“, so Laschet.

+++

Die Haushaltsberatungen zum Haushalt 2007 sind im vollen Gange: Im Rahmen dieser Beratungen wird der **Haushalts- und Finanzausschuss** (Vorsitz Anke Brunn, SPD) eine öffentliche Anhörung zum Haushaltsgesetz (Drs. 14/2300) und zum Haushaltsbegleitgesetz (Drs. 14/2303) durchführen. Die Anhörung, zu der rund 60 Sachverständige eingeladen wurden, findet am 19. Oktober, 11 Uhr, im Plenarsaal statt.

+++

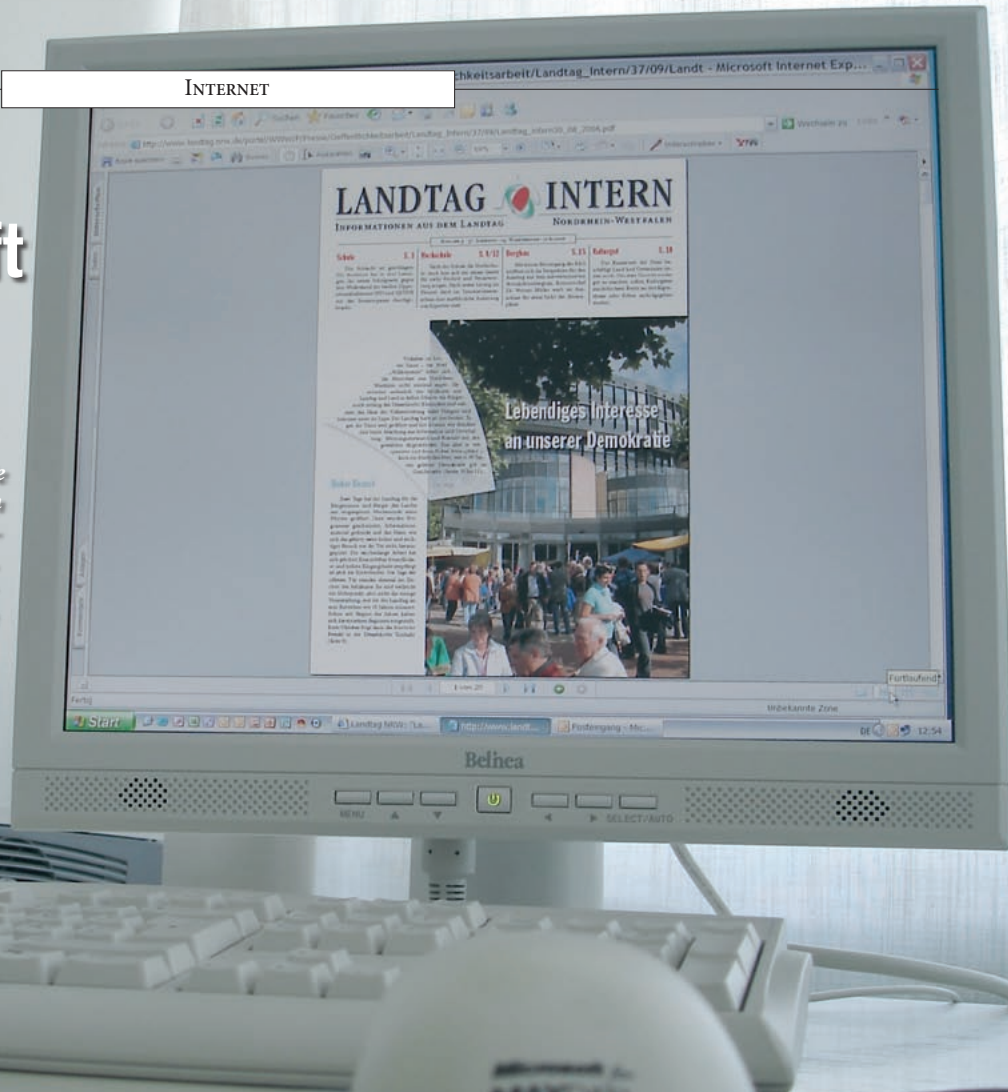
Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependence des Landtags, der Villa Horion, ist am 23. Oktober 2006 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.



# Zurück in die Zukunft

## Die Parlamentszeitschrift hat jetzt ein eigenes Artikel-Archiv im Netz

Politik auf einen Blick und Klick: Dafür sind die Internetseiten des Landtags bekannt. Jetzt können alle interessierten Bürger auf der Landtagshomepage [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de) oder direkt unter [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de) ein neues Angebot entdecken: Das Artikel-Archiv der Parlamentszeitschrift „Landtag intern“ ist ab sofort bequem und einfach im Netz abrufbar. Damit brauchen sich Leser nicht mehr durch Papierstapel zu wühlen, um Artikel älterer Ausgaben zu finden.



Mit welchen Themen hat sich der Landtag in seinen Ausschüssen und Plenarsitzungen beschäftigt, welche Fraktion hat sich wann wozu geäußert? Ein Stichwort genügt – und schon listet die digitale Datenbank alle Berichte zum gewünschten Thema auf. 176 Treffer sind es bislang allein zum Stichwort „Ministerpräsident“, 266 Artikel zum Suchwort „Opposition“. Wer gezielter auswählen möchte, der nutzt die erweiterte Suchfunktion. Diese sortiert die Artikel zur praktischen Übersicht nach Autoren und Fraktionen, auch nach bestimmten Jahrgängen und Heftnummern können die Leser leicht recherchieren. Das komplette Angebot findet sich auf den Seiten des Landtags unter der Rubrik „Aktuelles“.

Häufiges Vorbeischauen lohnt sich. Noch sind nicht alle technischen Möglichkeiten ausgeschöpft, stetig wächst das Angebot. Bis zum Jahrgang 2002 reicht die Online-Suchmaschine derzeit zurück, berücksichtigt damit rund 2.190 gespeicherte Datensätze. Die Archivierung nimmt viel Zeit in Anspruch, pro Heft fast einen halben Tag. Schließlich müssen die Mitarbeiter aus dem Landtagsreferat für Informationsdienste jede einzelne Ausgabe fürs Internet neu digitalisieren und bearbeiten. Sie gehen akribisch genau rückwärts vorwärts, weiß Projektleiterin Birgit Dransfeld: „Es ist wahnsinnig viel Arbeit, aber wir arbeiten uns Heft für Heft weiter in die Vergangenheit vor.“ Sie hofft

daher, das Online-Archiv werde in nicht allzu ferner Zukunft alle Ausgaben der Parlamentszeitschrift umfassen – bis zur allerersten Veröffentlichung aus dem Jahr 1970. Seit 36 Jahren berichtet „Landtag intern“ über das Geschehen in der nordrhein-westfälischen Volksvertretung – stets parteipolitisch neutral, umfassend und allgemein verständlich.

Möchten politisch interessierte Leser im Land künftig ganz auf Papier verzichten, können sie natürlich auch die aktuellen Ausgaben von „Landtag intern“ im Internet abrufen. Im Handumdrehen lässt sich die Parlamentszeitschrift dort auch als digitales Abonnement bestellen. Die neuesten Nachrichten aus dem Landtag erhalten die Leser dann rund 14-mal im Jahr automatisch und kostenlos per E-Mail zugeschickt. Wie auch in der gedruckten Ausgabe frei von jeglicher Werbung, versteht sich.

Und noch einen großen Vorteil hat das neue Angebot: Indem sich die Leser viel Aufwand bei ihrer Artikel-Recherche ersparen, haben sie mehr Zeit, interessante Parlamentsgeschichte am heimischen Computer oder weltweit unterwegs am Laptop neu zu entdecken oder noch einmal fast hautnah mitzerleben. Unter dem Stichwort „Queen“ beispielsweise findet sich die ausführliche Berichterstattung der Parlamentszeitschrift über den Besuch der englischen Königin vor knapp zwei Jahren im Landtag wieder. Informativ und zugleich unterhaltsame Stunden sind da-

mit garantiert. Auch Birgit Dransfeld lässt das Online-Archiv mit seinen vielfältigen Suchfunktionen nicht mehr los: „Es ist spannend zu sehen, wie sich die Arbeit im Landtag, wie sich die Parlamentszeitschrift in all den Jahren ihres Erscheinens gewandelt hat.“ SW

## Fundgrube

Das komplette Online-Angebot von „Landtag intern“ findet sich auf den Internetseiten des nordrhein-westfälischen Landtags [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de) unter der Rubrik „Aktuelles“, über einen Link auf der Hauptseite oder direkt unter [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de). Darüber hinaus bietet der Netz-Auftritt des Landtags viele weitere Informationen zu aktuellen Themen im Plenum sowie über die Arbeit der Abgeordneten. Neben aktuellen Mitteilungen können sich Leser auch Sitzungsdokumente und alle Plenarprotokolle seit der ersten Wahlperiode des Landtags herunterladen. Die Bibliothek des Landtags ermöglicht weitere Recherchen zu landespolitischen Themen. Für Kinder und Jugendliche empfiehlt sich außerdem ein Besuch der Seite [www.freshnrw.de](http://www.freshnrw.de), wo politische Prozesse verständlich und kompakt erklärt werden.

Texte in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

CDU

## CDU: Konsequenter Schutz von Nichtrauchern

Wer raucht, verliert Lebenszeit und nimmt ein höheres Risiko für zahlreiche Krebsarten und andere lebensbedrohliche Krankheiten in Kauf. Gerade einmal 58 Prozent der Raucher erreichen das 70. Lebensjahr, nur noch 26 von 100 feiern ihren 80. Geburtstag“, betonte der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Rudolf Henke. Pro Tag sterben in Deutschland 350 Menschen an den Folgen des Rauchens, zehn davon durch Passivrauchen. „Nicht nur der Schutz der Raucherinnen und Raucher vor den Folgen ihrer Sucht ist wichtig, sondern mindestens ebenso wichtig ist der Schutz der Nichtraucher vor dem Passivrauchen“, betonte der CDU-Gesundheitsexperte.

Es sei notwendig, einen konsequenten Schutz der nichtrauchenden Bevölkerung zu gewährleisten. „Besonders wichtig ist dies bei Kindern und Jugendlichen, sowie bei Schwangeren und am Arbeitsplatz“, stellte Henke klar. Als ersten Erfolg wertete Henke das generelle Rauchverbot an den nordrhein-westfälischen Schulen. Henke: „Eine Ausweitung des Rauchverbots muss in Zukunft erfolgen. Wir müssen alles daran setzen, dass Tabakabhängigkeit am besten gar nicht erst entsteht und Nichtraucher zuverlässig vor Passivrauchen geschützt werden.“



Es sei notwendig, einen konsequenten Schutz der nichtrauchenden Bevölkerung zu gewährleisten. „Besonders wichtig ist dies bei Kindern und Jugendlichen, sowie bei Schwangeren und am Arbeitsplatz“, stellte Henke klar. Als ersten Erfolg wertete Henke das generelle Rauchverbot an den nordrhein-westfälischen Schulen. Henke: „Eine Ausweitung des Rauchverbots muss in Zukunft erfolgen. Wir müssen alles daran setzen, dass Tabakabhängigkeit am besten gar nicht erst entsteht und Nichtraucher zuverlässig vor Passivrauchen geschützt werden.“

SPD

## Azubis starteten am 1. September



Am 1. September starteten Sandra Gohr aus Düsseldorf und der Schwelmer Maximilian Hoffmeier ihre Berufsausbildung bei der SPD-Landtagsfraktion. Sie werden in den kommenden drei Jahren zu Kaufleuten für Bürokommunikation ausgebildet. „Eigentlich wollten wir in diesem Jahr nur eine Auszubildende einstellen“, berichtete Carina Gödecke, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion. „Aber nun sind alle Kolleginnen und Kollegen der Fraktion ein bisschen zusammen gerückt, so dass wir kurzfristig noch einen weiteren Ausbildungsplatz einrichten konnten.“

GRÜNE

## Erfolgreiche Premiere!

Bei strahlendem Sonnenschein feierte die GRÜNE-Fraktion eine Premiere nach Maß. Erstmals hatte sie zu einem Sommerempfang geladen – mit erstaunlicher Resonanz: Rund 400 Gäste kamen, und bunt ging es zu. Neben Grünen aus Dorf, Stadt, Land, Berlin und Brüssel waren etwa Vertreter der Feuerwehr ebenso der Einladung gefolgt wie hochrangige Repräsentanten verschiedener Glaubensrichtungen. Zu den Gästen gehörten die Generalkonsulin aus verschiedenen europäischen Ländern ebenso wie Gewerkschafter aus NRW. Als Repräsentantin des Landeskabinetts war Wirtschafts- und Energieministerin Christa Thoben erschienen, die Fraktion der SPD wurde durch ihre Vorsitzende Hannelore Kraft vertreten.

Für Abwechslung sorgte eine Künstlergruppe der Zirkusshow Afrika!Afrika! von André Heller, die derzeit in Düsseldorf gastiert, und der Kölner Kabarettist Moritz Netenjakob. Großen Anteil an der guten Stimmung hatte auch das „Hartmut-Tripp-Quartett“, das das Fest musikalisch untermalte – auch noch lange, nachdem die Sommersonne untergegangen war.



Für Abwechslung sorgte eine Künstlergruppe der Zirkusshow Afrika!Afrika! von André Heller, die derzeit in Düsseldorf gastiert, und der Kölner Kabarettist Moritz Netenjakob. Großen Anteil an der guten Stimmung hatte auch das „Hartmut-Tripp-Quartett“, das das Fest musikalisch untermalte – auch noch lange, nachdem die Sommersonne untergegangen war.

Die Fraktionsvorsitzende Sylvia Löhrmann MdL zwischen Lee & Abdi von Afrika!Afrika!

Foto: Alexander Buss

FDP

## Landespolitischer Tag der FDP-Landtagsfraktion

Einen umfassenden Einblick hinter die Kulissen des Landtags hat die FDP-Fraktion bei ihrem ersten landespolitischen Tag Anfang September ihren Besuchern geboten. Und für die rund 250 Gäste gab es eine besondere Überraschung: Statt das Plenum lediglich von der Besuchertribüne aus zu betrachten, konnten die Besucher der FDP-Landtagsfraktion im Plenarsaal auf den Sitzen aller Landtagsabgeordneten Platz nehmen. FDP-Fraktionschef Gerhard Papke erläuterte den Zuhörern, warum nicht jeder von Ihnen an einem Abgeordnetenstuhl samt Tisch sitzen konnte. „Mit tatkräftiger Unterstützung der FDP ist es gelungen, das Parlament mit Beginn der neuen Legislaturperiode zu verkleinern.“ Bis Mitte 2005 zählte der Landtag noch 231 Mitglieder. Seit der 14. Legislaturperiode ist er um 44 auf 187 Mitglieder verkleinert worden. Papke erinnerte in seiner Rede an den 22. Mai 2005 – den Tag der Landtagswahl und damit der Abwahl des rot-grünen Projekts in NRW. „Wir wollen unser Land modernisieren und sind fest entschlossen das umzusetzen, wofür wir gewählt worden sind: ‚Das neue NRW‘.“ Papke hob außerdem ausdrücklich hervor, dass die FDP-Fraktion sich ihrer Verantwortung für das Land und seine Menschen bewusst sei. „Wir werden mit unserem Handeln unter Beweis stellen, dass Marktwirtschaft und Wettbewerb keinen Gegensatz zu sozialer Gerechtigkeit darstellen.“ Der FDP-Politiker richtete eine Bitte an seine Gäste: „Wir brauchen die Hilfe und die Ideen von allen, die unser Land modernisieren wollen. Wir benötigen auf dem Weg an die Spitze im Vergleich der Länder ihre Unterstützung. Unser landespolitischer Tag ist der Auftakt für einen intensiven Austausch mit Ihnen.“

# Porträt der Woche: Günter Garbrecht (SPD)

Zwischen Bielefeld und Düsseldorf kennt Günter Garbrecht mittlerweile jeden Busch an der Böschung und nahezu jeden Schaffner im Zug. Mindestens drei Mal in der Woche pendelt der SPD-Abgeordnete zwischen seinem Heimatort und der Landeshauptstadt, nimmt im Landtag an Fraktions- und Plenarsitzungen teil, sitzt dem Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales vor, eilt zurück an den Teutoburger Wald, wo er zur Ratssitzung muss, zum Treffen der kommunalen Beschäftigungsgesellschaft Rege, deren Aufsichtsrat er vorsteht oder zur Arbeitsgemeinschaft von Stadt und Arbeitsagentur, wo er als Vorsitzender der Gesellschafterversammlung agiert. Zurück in Düsseldorf geht es in den Innenausschuss, dessen stellvertretender Vorsitzender er ist, oder in gleicher Funktion zur Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der Landes-SPD.

Doch Garbrecht ist das Gegenteil des Politikers, der nur nach Pöstchen schießt und sich mit der Vielzahl seiner Ämter und Funktionen brüstet. Was er macht, das macht er auch richtig, dafür sorgt schon seine markante Stimme, mit der er mühelos jeden Ausfall von Mikrofonen in Sitzungssälen beliebiger Größe überspielen kann. Dabei ist es kein Zufall, dass Garbrecht sich vorwiegend da engagiert, wo es um die Sorgen und Probleme von Menschen am Rande unserer Gesellschaft geht, um Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger, um Drogenabhängige und Pflegebedürftige. „Ich bin davon getrieben, Benachteiligungen und Ungerechtigkeiten in dieser Gesellschaft abzubauen oder wenigstens zu bekämpfen“. Garbrecht stammt nicht nur aus einer SPD-Familie und ist deshalb

überzeugt, dass diesen Randgruppen am ehesten durch sozialdemokratische Politik zu einem selbst bestimmten und menschenwürdigen Leben verholfen werden kann. Er hat selbst einiges von den Tiefen durchlebt und durchlitten, mit denen er sich heute als Politiker beschäftigt.

## KÄMPFERNATUR

Sein erster engerer Kontakt mit dem Bielefelder SPD-Büro galt nicht der Abgabe des Aufnahmeantrags. Zusammen mit seinen damaligen Kollegen aus der IG Metall besetzte er in den wilden Jahren der Studentenbewegung die Geschäftsstelle, um gegen die von der damaligen Großen Koalition in Berlin beschlossenen Notstandsgesetze zu protestieren. Garbrecht hatte damals gerade eine Lehre als Werkzeugmacher abgeschlossen, engagierte sich als Jugendvertreter in der Gewerkschaft und war organisiert in der Sozialistischen Jugend „Die Falken“. Weil ihm der politische Kampf damals wichtiger war als geregelte Arbeit, verlor er zwischenzeitlich immer wieder mal seinen Job, schlug sich als Arbeitsloser oder mit Gelegenheitsarbeiten durch. Einen gut bezahlten Arbeitsplatz bei Miele verlor er, weil er damals im Rahmen der Aktion „Roter Punkt“ an einem dreiwöchigen Streik gegen Preiserhöhungen bei Bussen und Bahn mitwirkte, der den Personennahverkehr in Ostwestfalen weitgehend stilllegte.

1972 trat Garbrecht zur Unterstützung der Ostpolitik Willy Brandts in die SPD ein. Nach einer Entziehungskur Anfang der 80er Jahre und einem zwischenzeitlichen Studium an der

Hochschule für Politik und Wirtschaft in Hamburg, ging er in seinem erlernten Beruf zu einem mittelständischen Betrieb in Bielefeld, der Komponenten für die Automobilindustrie herstellt. Über die Bezirksvertretung gelangte er 1989 in den Stadtrat und hatte es nicht leicht, die Arbeit als Schichtleiter mit dem kommunalpolitischen Engagement zu verknüpfen. Zur Landtagskandidatur entschloss sich Garbrecht im Jahr 2000, „damit auch mal einer ins Parlament kommt, der selbst am Schraubstock gestanden hat und nicht nur Gewerkschaftssekretäre“.

Zum Abschalten und Entspannen geht Garbrecht mindestens einmal in der Woche in die Sauna. „Wenn Du 20 Minuten bei 100 Grad geschwitzt hast, dann denkst Du nicht mehr an Politik.“ Und wenn am Wochenende einmal keine Termine, keine Sitzungen und keine Kongresse auf dem Kalender stehen, dann geht er in Bielefeld auf den Markt, kauft ein und kocht abends für seine Freunde.

Autor: Peter Jansen



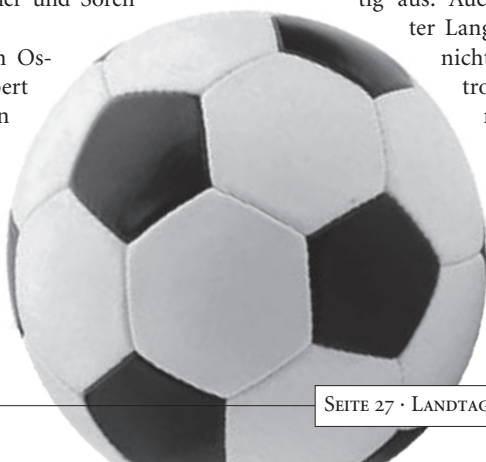
## FCL: Schwächeln in Nordkirchen

Ausgesprochen knickrig beim Zulassen von Chancen zeigte sich das Team aus Finanzministerium, Personalvertretung und Finanzfachhochschule, gegen das der FC Landtag NRW in Nordkirchen anzutreten hatte. Seinerseits konnte der FCL bis zur Pause seinen Kasten ebenfalls sauber halten, dank des engagierten Defensiveinsatzes von Wolfgang Euteneuer, Werner Jostmeier und Sören Link.

Im Mittelfeld zogen Oskar Burkert und Norbert Stiens eifrig die Fäden und versuchten die Spitzen Werner Mayer, Günter und Fabian Langen effektiv anzuspielen. Die Abwehr der Finanzleute jedoch zeigte sich

auf der Höhe und wehrte alle FCL-Attacken erfolgreich ab. Nach dem Wechsel machte sich negativ bemerkbar, dass der FCL nach der Sommerpause noch nicht wieder richtig in Schwung gekommen ist. Vornehmlich den Abgeordneten steckte die harte Saisonvorbereitung noch in den Knochen.

Das nutzten die Finanzmänner kaltblütig aus. Auch FCL-Kapitän Günter Langen konnte das Steuer nicht mehr herumreißen, trotz nimmermüden, seine Mitspieler motivierenden Engagements. Der FCL erlitt einen konditionellen Einbruch und wurde vom schönen Münsterland mit 0:2 nach Düsseldorf zurückgeschickt. ■



**Herausgeberin:** Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinter, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Jürgen Knepper (Chefredakteur), Axel Bäumer (Redakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion)

Telefon (0211) 884-2304, 884-2545 und 884-2309, Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin. Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

**Herstellung und Versand:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

**Internet-Adresse:** www.landtagintern.de  
LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

## Geburtstagsliste

Vom 29. September bis 25. Oktober 2006

29.9. Svenja Schulze (SPD)	38
1.10. Michael Breuer (CDU)	41
4.10. Birgit Fischer (SPD)	53
9.10. Stephan Gatter (SPD)	51
11.10. Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD)	49
11.10. Helga Gießelmann (SPD)	57
12.10. Dr. Fritz Behrens (SPD)	58
13.10. Franz-Josef Knieps (CDU)	64
13.10. Wolfgang Schmitz (CDU)	58
23.10. Bernhard Schemmer (CDU)	56
24.10. Reinhold Sendker (CDU)	54
25.10. Carina Gödecke (SPD)	48

**Hendrik Wüst** (CDU) ist auf dem Parteitag in Münster auf Vorschlag von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) zum Generalsekretär der Landespartei ernannt worden. Der 31-jährige Landtagsabgeordnete aus Borken wurde mit 89,4 Prozent der Delegiertenstimmen gewählt und ist Nachfolger von Hans-Joachim Reck, der das Amt zum 1. April niedergelegt hatte. Der Jurist Wüst trat 1992 der CDU bei und wurde im Jahr 2000 Landesvorsitzender der Jungen Union. Zwei Jahre später wurde er als Beisitzer in den CDU-Bundesvorstand gewählt. Den Wahlkreis Borken gewann er bei der Landtagswahl 2005 mit 58,3 Prozent.

**Marek Jurek**, Marschall des Sejm der Republik Polen, hat den Landtag besucht und sich in das Gästebuch eingetragen. Auf dem Programm standen Gespräche über aktuelle landespolitische Themen und die Arbeit der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe. Übereinstimmung herrschte in der Überzeugung, die Beziehungen zwischen Polen und Nordrhein-Westfalen durch weitere Städte- und Schulpartnerschaften zu intensivieren.

**Professor Dr. Fritz Holthoff** (SPD), früherer NRW-Kultusminister, ist im Alter von 91 Jahren gestorben. Von 1950 bis 1966 sowie von 1967 bis 1975 war er Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen. Nachdem die sozial-liberale Koalition unter Heinz Kühn 1966 die Regierung übernommen hatte, wurde der gebürtige Dortmunder und studierte Pädagoge Kultusminister. Dieses Amt hatte er bis Ende 1970 inne. Mit Holthoff verliert das Land einen herausragenden sozialdemokratischen Kulturpolitiker und engagierten evangelischen Christen.

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 28. September 2006 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

*Raum für Aufkleber (Postvertrieb)*



## Für Groß und Klein

... war der Landtag Mitte des Monats Gastgeber am 52. Weltkindertag. Auf der Wiese vor dem Landtag war ein buntes Bühnenprogramm zu verfolgen, vor und im Gebäude spielte die Musikgruppe „Fischgesichter“ und im Haus gab es mehrere Ausstellungen anzuschauen. Bei der Gelegenheit konnten auch der Landtag besichtigt, ein Blick in den Plenarsaal geworfen sowie das eine oder andere Gespräch mit Landtagspräsidentin Regina van Dinther geführt werden. Eine der Attraktionen war der Rollstuhlparcours.

Foto: Meyer